

KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

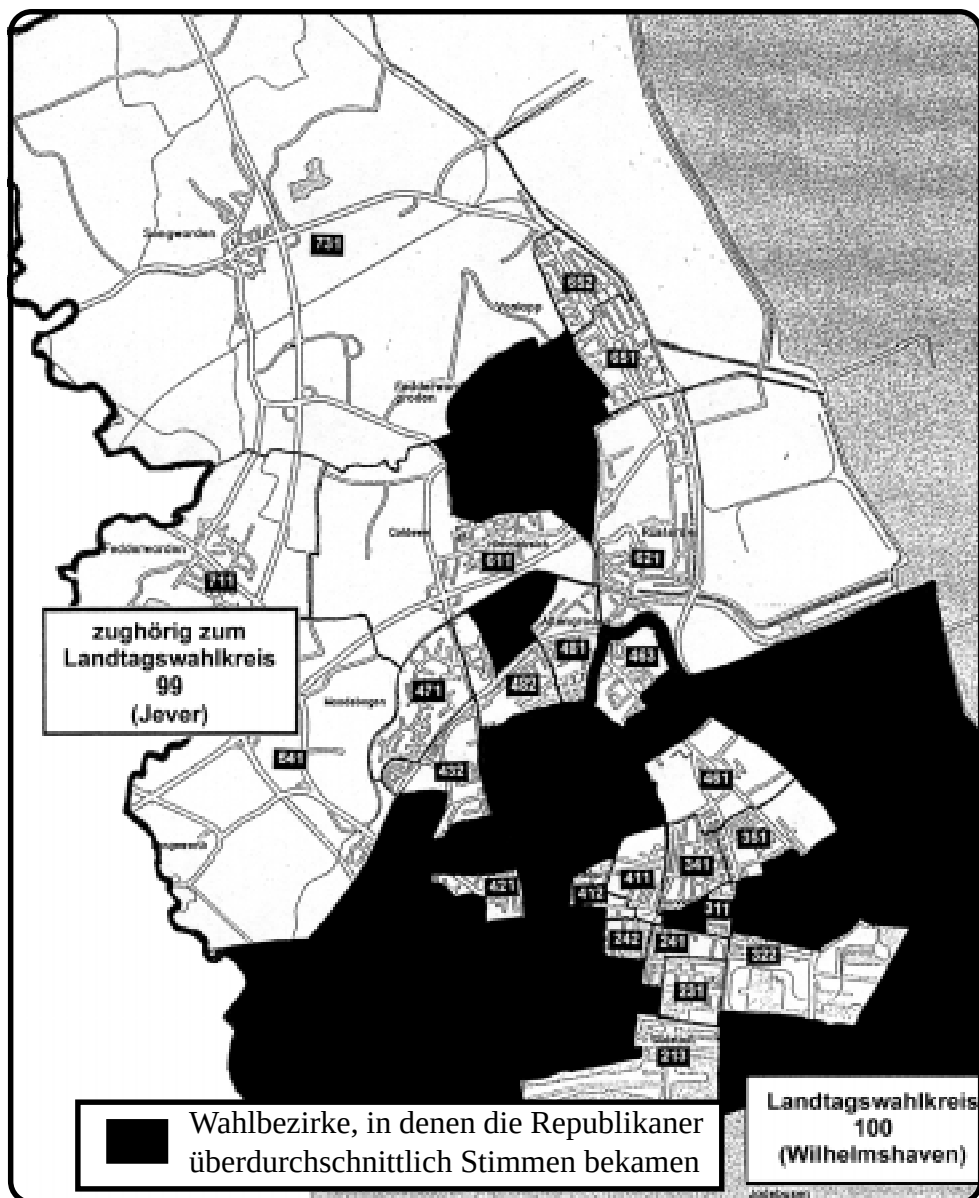
Nummer 145

Wilhelmshaven

April 1998

BRAUNE STADT AM MEER?

WILHELMSHAVEN SETZTE MAL WIEDER ZEICHEN: NIRGENDS GAB ES SO VIELE STIMMEN FÜR DIE REPS WIE HIER - SEITE 3 -



Wahlbezirke, in denen die Republikaner überdurchschnittlich Stimmen bekamen

Landtagswahlkreis 100 (Wilhelmshaven)

Zweitstimmen für die Republikaner:

Wahlkreis 100: 8,58%; Wahlkreis 99 (nur Stadtgebiet WHV): 8,44%

Was gibt's

Wilhelmshaven hat gewählt - brauner als jede andere Stadt in Niedersachsen. Das ist NUR PEINLICH - „Wilhelmshaven muß anders sein“ - Seite 3 - und fand ein Medienecho - Seite 5 - „...und Schuld hat nur die SPDCDU“ - Seite 6 -



Für ZOFF IN DER SPD sorgen die Aufrüstungspläne der Sparkasse Seite 8 -

Unser Gastkommentar zum Jade-Port von Jochen Martin heißt bezeichnenderweise DAS ORAKEL und ist auf Seite 10 zu finden.

Über ARMUT UND SOZIALE UNGLEICHHEIT in unserer Stadt berichten wir auf Seite 12

UNVERBINDLICH ist die Geschäftsordnung des Ausländerbeirates - wir berichten auf Seite 13

In einem Gegenwind-Gespräch erfahren wir, daß Radio Jade DIE JUNGFRÄULICHKEIT VERLOREN hat - Seite 14 -

Zur KANALISIERUNG DER KAISERBALJE gibt es Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf die Anfrage von Gila Altmann (Bündnis90/Grüne) - Seite 15 -

NACHRICHTEN

ZWEI ZUGPFERDE

wollen, wie 'aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen' zu hören war, die Nordseepassage verlassen: Peek & Cloppenburg und H&M. Die ersten Gespräche mit dem Arbeitsamt sollen bereits stattgefunden haben. Als Begründung führten beide Firmen an, daß sowohl das Weihnachtsgeschäft als auch der Winter-Schlußverkauf hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren.

Die Gerüchteküche hat aber noch mehr zu bieten: Auch familia will danach in Kürze seine Kassen schließen. Der im Jadezentrum ansässige Interspar-Markt überlegt noch, ob er sich dann in der Nordseepassage ansiedeln wird – die jetzigen Räumlichkeiten werden wohl mit Sicherheit in Kürze geschlossen.

Da paßt es ganz gut, daß im Restaurant 'Florian' in der Nordseepassage jetzt ein Titanic-Menü angeboten wird. (hk)



DA GEHT WAS !

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL
KIAYG

MUSIK FÜR DICH

Börsenstr. 73 / Ecke Mitscherlichstr.
Wilhelmshaven 04421-13322

**FRÜHSTÜCKEN
PARTYS - KONZERTE**

MIT ZAHLEN

nimmt es der Baas der Wilhelmshavener Raffinerie-Gesellschaft (WRG) offenbar nicht so genau. Im Rahmen einer Werbekampagne der Wilhelmshavener Hafenwirtschaft erklärte er in der Fachzeitschrift 'Binnenschifffahrt' (Ausgabe 20/94), im Falle der Öffnung der Kaiserbalje für Tankschiffe: "Ich garantiere den Unternehmen der deutschen Binnentankschifffahrt jährlich mindestens 6 Millionen Tonnen." Jetzt ist im PLANCO-Gutachten nur noch von 1,5 Millionen Tonnen die Rede. (hk)

WILD UM SICH BEISSEN

zur Zeit Vertreter der Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung (WHV). Wenn es um die Kaiserbalje geht, fliegen die Schaumflocken, sobald jemand seine Stimme dagegen erhebt. Das mußten kürzlich sowohl der BUND Wilhelmshaven auf einer Veranstaltung im Pumpwerk wie auch Gila Altmann (MdB Bündnis90/Grüne) nach Veröffentlichung ihrer Pressemitteilung zur Kaiserbalje erfahren.

Am jüngsten WZ-Stammtisch wurde sogar die 'mauernde' Bundesregierung niedergemacht, und ein Gutachten zur Kaiserbalje (es kann sich dabei nur um das gewässerkundliche Gutachten der Bundesanstalt für Wasserwirtschaft handeln) wurde schlicht als falsch erklärt. Als nächstes wollen die Zerberusse lt. WZ v. 27.3.98 "... in Hannover noch einmal 'kräftig auftrumpfen' und dort Druck (...) machen" lassen. (hk)



FRÜHJAHRSPUTZ

in Wilhelmshaven und viel Hurra! Kein Ereignis seit dem letzten Wochenende an der Jade wurde in der "WZ" so breit dokumentiert - nicht einmal die Landtagswahl! Und dabei hat die "WZ" sogar noch einiges zu berichten vergessen! Die Reinigungsaktionen der Polizei in der Innenstadt gegen suchtkranke Menschen wurden vor einiger Zeit einmalig genannt, daß sie weitergehen, findet keine Erwähnung mehr. Und die Polizeistreifen, die in letzter Zeit vermehrt anzutreffen sind!

Eine Aktion fiel leider aus. Anfang Februar bat ein Bürger dieser Stadt das Ordnungsamt um Erlaubnis, die Nazischmiereien an zahlreichen Wänden und Mauern entfernen zu dürfen. Er hat keine Antwort bekommen. (noa)



Förderabo / Einzugsermächtigung

Ich möchte ab sofort ein GEGENWIND-Förderabo!!

Vorname/Name

Straße:

PLZ/Wohnort:

Geburtsdatum:

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von DM (mind. 5.- DM) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto:

Kontonummer:

Bank:

Bankleitzahl:

zugunsten des GEGENWIND-Kontos Nr.: 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven (BLZ: 282 900 63) abbucht.

Ort.....Datum.....

Unterschrift:.....

☐ Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich den GEGENWIND per Post zugestellt bekommen.

Absenden an: GEGENWIND, Weserstr.33, 26382 Wilhelmshaven

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr.33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 994990
Fax: 04421/ 994991

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgen-
sen, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Anette
Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Hilde Wes-
sendorf, Imke Zwoch;

Druck: Beta-Druck

Auflage: 5.200 Ex.

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint unregelmäßig - nach
Möglichkeit alle 6 Wochen.

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 1. April 1998

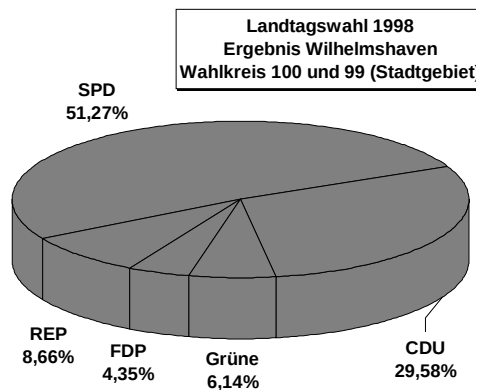
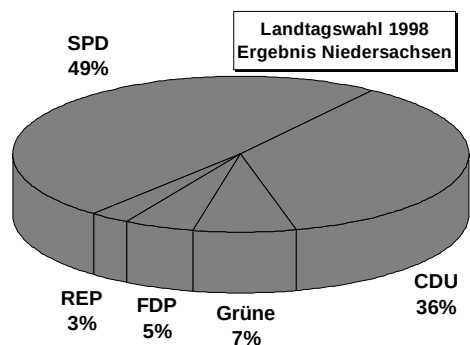
Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe:
Mitte Mai 1998

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten,
die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen
oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser
Ausgabe beigetragen haben.

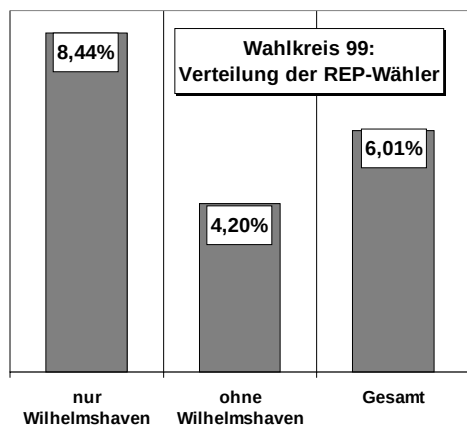
NUR PEINLICH

LANDTAGSWAHL 1998 IN WILHELMSHAVEN: REPUBLIKANER ERREICHEN TRAUMERGEBNIS

(hk) Am Abend des 1. März 1998 paßte Wilhelmshaven in keine Schublade mehr rein: Quer durch die Stadt erzielten die Republikaner wahre Traumergebnisse. In 17 Wahlbezirken lagen sie über 10%. Bant, Südstadt, F'grodien, Hansaviertel, Tonn-deich, Heppens – alles Hochburgen der Republikaner. Und die Politik kam in Erklärungsnot: Das konnte man nun eigentlich nicht mehr mit Arbeitslosigkeit und "soziale Brennpunkte" erklären. Diesmal wählten auch die "bürgerlichen" Viertel und die Marineviertel gehörig braun. Daß trotzdem wieder die Arbeitslosen und die Ausländer (und die Wohnungsbaugesellschaft Jade) zu Sündenböcken wurden, lag eben an dem erwähnten Erklärungsnotstand.



Während die SPD landesweit kräftige Gewinne zu verzeichnen hat, rutschen die Genossen in Wilhelmshaven von 52,64 auf 50,42%. Die CDU kann sich leicht verbessern, die FDP legt leicht zu, die Grünen verlieren im Vergleich zum Landesergebnis überdurchschnittlich. Die Republikaner sorgen dafür, daß ganz Niedersachsen auf diese Stadt schaut.



Im Wahlkreis 99 (Umland plus Stadtnorden) vermiest das Wilhelmshavener Ergebnis den Leuten ganz schön die Stimmung. 8,44% für die Republikaner – da

schnellt das Gesamtergebnis ordentlich in die Höhe, obwohl natürlich die Ergebnisse aus Sande (5,44%) und Schortens (4,85%) auch nicht ohne sind. In Wilhelmshaven bekamen die Reps allerdings nur in den Altenheimen (!) und in einem Wahlbezirken weniger Stimmen.

WILHELMSHAVEN MUSS ANDERS SEIN

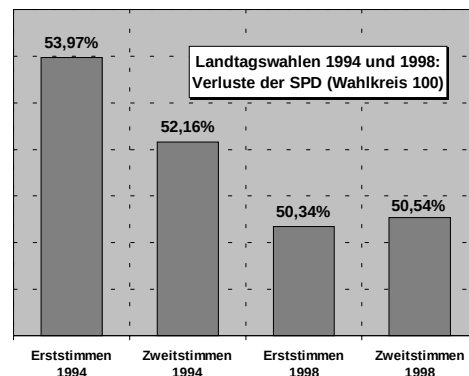
Das kontinuierliche Ansteigen der Stimmen für die Republikaner in Wilhelmshaven (Landtagswahl 94: 4,6%, Kommunalwahl 1996: 4,91%, Landtagswahl 1998: 8,52%) schreit nach sofortigem Handeln. Das meinen auch die Politiker dieser Stadt. Schon 1994 forderte Wilfrid Adam eine "Allianz gegen rechts". Selbst die Wilhelmshavener Zeitung schrieb angesichts des Kommunalwahlergebnisses 1996, daß "die besonnenen Kräfte im Rat ein eindeutiges Zeichen gegen extremistische Kräfte setzen" müssen, "und zwar nicht nur in Sonntags- und Wahlkampfzeiten, sondern in der konkreten politischen Arbeit zum Wohle der Stadt." (Kommentar Westerhoff, 16.9.96). Werner Biehl nannte das Rep-Ergebnis einen "Tritt für Wilhelmshaven und alle Parteien." Und wieder wird die "Allianz gegen rechts" beschworen (Norbert Schmidt –SPD- in der WZ vom 16.9.96).

Nicht anders war die Reaktion nach der diesjährigen Landtagswahl, in der die Republikaner in einzelnen Wahlbezirken bis zu 17% der Stimmen gewannen. In diesem Jahr will OB Menzel eine "Allianz der Demokraten" zusammenbringen. Ansonsten gibt es die immer gleichen Erklärungsmuster: hohe Arbeitslosigkeit, soziale Brennpunkte, Ausländeranteil, Kriminalität...

Aber können das die Ursachen für den Erfolg der Reps sein? Gibt es nicht vergleichbare niedersächsische Städte mit entschieden höherem Ausländeranteil, ähnlichen Arbeitslosenzahlen und wirklichen sozialen Brennpunkten? Warum haben die Reps in diesen Städten nicht ähnliche Ergebnisse? Die Ursache muß wo anders zu finden sein!

Was ist in Wilhelmshaven anders?

Die Politik von Stadtverwaltung und Rat ist



Berichtenswert ist, daß das Zugpferd der Wilhelmshavener SPD, Wilfrid Adam, diesmal etwas lahmte. Nicht nur, daß er knapp 4% weniger Stimmen bekam – in diesem Jahr überholte ihn sogar die Partei. Lag das Zugpferd Adam 1994 noch knapp 2 Prozentpunkte vor der Partei, hatte er in diesem Jahr mit 0,2% weniger das Nachsehen.

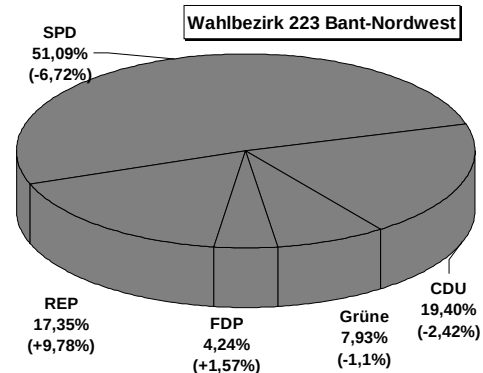
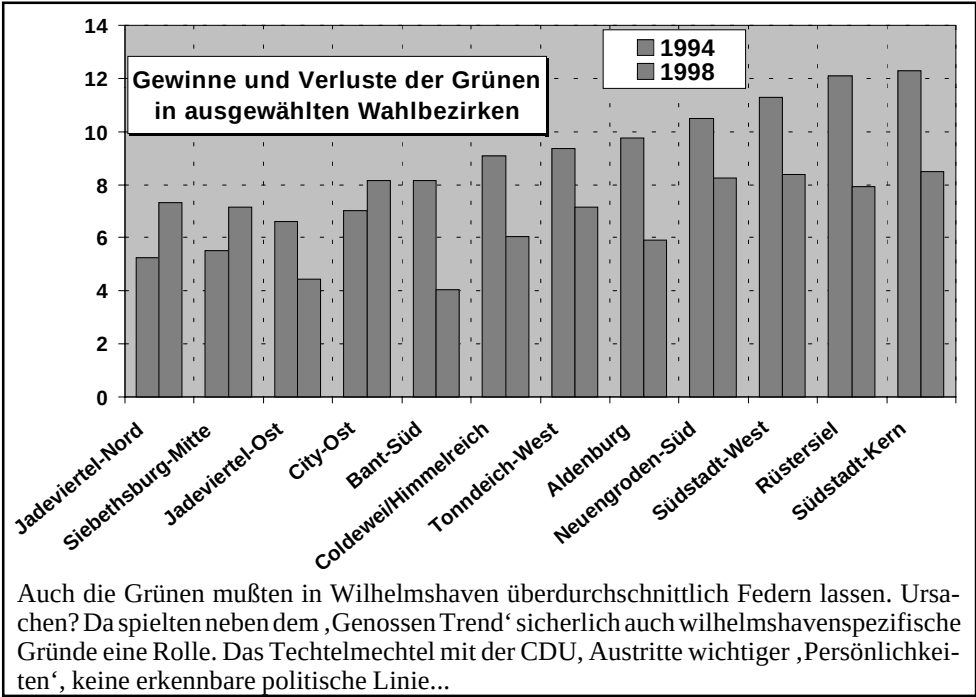


anders. In keiner anderen Stadt gibt es so aufgeblasene Politiker und Verwaltungsmenschen wie in Wilhelmshaven. Hier wird jeder umgeschlagene Kartoffelsack aus Ägypten zum Großereignis. Vollmundig und mit lautem Trommeln werden Kontakte mit Tsingtau zum Weltereignis hochgepuscht. Zum Wochenende an der Jade bejubelt die örtliche Zeitung 400.000 Besucher, die sich einen hinter die Binde gießen. Aus der Ansiedlung einer Einkaufspassage wird eine Schicksalsfrage für die ganze Stadt. Selbst die Ansiedlung einer Telefonbank wird mit Sonderseiten gefeiert. Da werden ein Kaiserdenkmal aufgestellt und ein Marinemuseum gebaut – wieder gibt es Empfänge, Sonderseiten und unzählige Reden, was hier in Wilhelmshaven alles geschieht – und alles nur zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Auch die Expo-Planung gehört mit in diese Politik. Da werden ganze Stadtteile und riesige Ausstellungsflächen geplant, die ganze Stadt wird zum EXPOnat. Und am Ende gibt es meistens lange Gesichter.

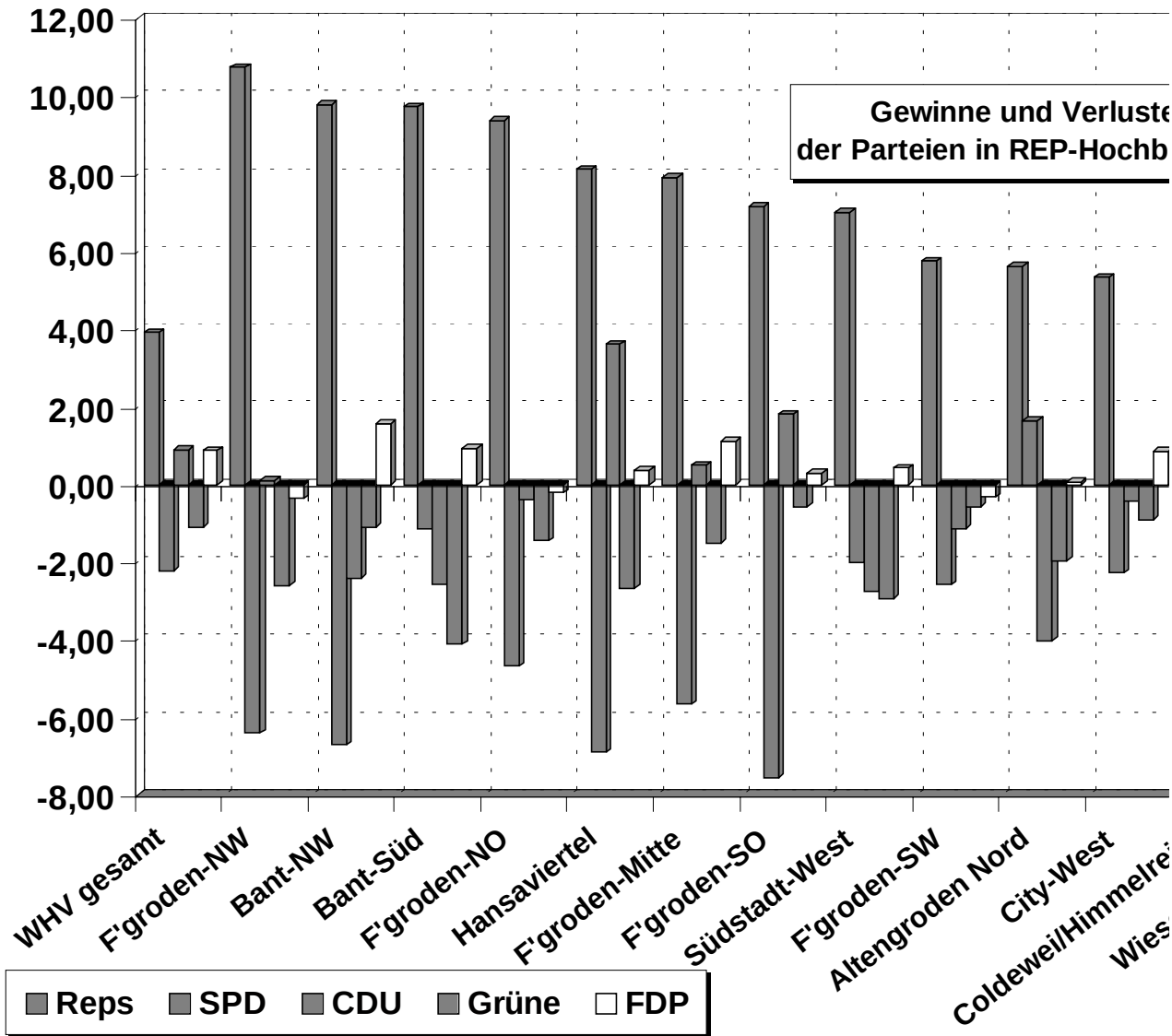
Während Politik und Verwaltung ihren Träumen in Wolkenkuckucksheimen nachjagen, gammeln die Schulen vor sich hin, werden Jugendzentren reduziert, steigt die Arbeitslosigkeit und die Armut. Aus Arbeitervierteln werden Arbeitslosenviertel. Dennoch sind die Bürgerinnen und Bürger bereit, der Stadt aus ihrer finanziellen Misere zu helfen: Eltern renovieren die Schulen, Bürger putzen die Stadt, kümmern sich um Spielplätze und ums öffentliche Grün. Die Damen und Herren Politiker sehen's mit Wohlgefallen und planen schon den nächsten Schwachsinn. Die Konsequenz aus dieser Politik: **Die Bürger fühlen sich verarscht.**

Das ist es, was Wilhelmshaven von allen anderen Städten der Bundesrepublik unterscheidet.

Hannes Klöpfer



Wahlbezirke mit hohem Anteil an Rep-Wählern gibt es eine ganze Menge. Doch der Wahlbezirk 223 (Bant-Nordwest) schlug alle Rekorde.



Wenn eine Partei mehr Stimmen bekommt, müssen diese ja irgendwo herkommen. Dabei fällt zuerst auf, daß die Wahlbeteiligung in vielen dieser Wahlkreise bis zu 7% angestiegen ist. Da die Republikaner hier so gut wie keine Politik und auch keinen Wahlkampf gemacht haben, ist es eher unwahrscheinlich, daß die Reps hier Mobilisierungserfolge hatten. Doch von welchen Parteien bekamen die Braunen

ihre Stimmen? Im Wahlkreis 100 haben die SPD und die Grünen hohe Verluste hinnehmen müssen, wo die Reps erfolgreich waren. Im Stadtnorden dagegen teilen sich CDU und Grüne die Verluste. Einzig die FDP kann querbeet Zuwächse einheimen. Es ist wohl so, daß alle Parteien von den Rändern, also den unentschlossenen und rechtstendierenden Wählern, an die Reps Stimmen abgeben mußten.

Medienecho auf den Stimmenzuwachs der Republikaner

“Es ist ... deutlich geworden, daß die Wähler, die die Republikaner gewählt haben, nicht erwarten dürfen, daß sie von dieser Partei wirklich vertreten werden”, so lautete das Fazit von Pastor Rainer Ewald am Ende einer Sendung von Radio Jade am 9.3. zum Wahlergebnis der Republikaner in Wilhelmshaven.

Der Erfolg der Braunen hier in Wilhelmshaven (entgegen dem Trend im Land Niedersachsen, wo sie von 3,7% auf 2,8% abgesunken sind) veranlaßte nicht nur die örtlichen Medien zur der Frage, was hier los ist, sondern erregte auch das Interesse von Radio Bremen. Jochen Grabler, Mitarbeiter von Bremen 2, sammelte in dieser “aufgeräumten Stadt” Stimmen. Außer OB Menzel und einer GEGENWIND-Redakteurin befragte er auch den REP-Dissidenten Joachim Münch und den noch-REP-Rats Herrn Dieter Jochade. Die Sendung wurde am 7.3. ausgestrahlt.

Die Frage Grablers, auf welcher Grundlage so viele Menschen in Wilhelmshaven dieser Rechtsaußen-Gruppierung ihre Stimme gegeben haben, vermochte Münch jedoch auch nicht zu beantworten. “Die Wilhelmshavener Zeitung hat über ... die Arbeit der Republikaner nicht berichtet, Radio Jade hat nicht berichtet ..., wobei ich den Republikanern den Vorwurf mache, daß sie auch keine Arbeit geleistet haben - aber auch darüber hätte man berichten müssen, daß eben nichts geleistet worden ist.” In der Radio-Jade-Sendung nannte Münch dafür zwei Beispiele: Er habe 1997 vor der Haushaltssitzung des Rates die Rede seines Fraktionsvorsitzenden Jochade zu lesen begehrt, doch der habe nichts vorbereitet gehabt. So sei die Sitzung ohne einen Redebeitrag der REP-Fraktion gelaufen. Und in der Jugendausschußsitzung, in der die Schließung des Jugendcafés Point auf der Tagesordnung stand, hat Dieter Jochade

kein Wort gesagt. Münch in Radio Bremen weiter: “Und für mich ist es genauso unerklärlich, wie man ohne Arbeit ein solches Wahlergebnis erzielen kann.” Allenfalls mit einem “Solidarisierungseffekt” aufgrund der Gleichsetzung von REP-Wählern mit ihrer Partei kann er sich einen solchen Stimmenzuwachs erklären.

Ins gleiche Horn bläst Jochade: “Ich muß sagen, die treiben uns die Wähler noch mehr zu, und ich bin der Meinung, daß die Wähler das übelnehmen, wenn der Oberbürgermeister Menzel ständig über den braunen Sumpf, den man ausröten muß, redet - der treibt uns die Wähler zu.”

Auf der Grundlage der Erfahrungen in Bremerhaven mit der DVU meint Grabler: “Man muß diesen Leuten auf die Zehen steigen, man muß gucken, was machen die denn eigentlich konkret, und daraus kann dann ... eine öffentliche Diskussion entstehen.” In Bremerhaven hat es damals eine Übereinkunft gegeben, weder über die DVU noch mit der DVU zu sprechen oder zu schreiben, und erst als die DVU-Abgeordneten begannen, sich privat aus der Fraktionskasse zu bereichern, schauten ihnen die Medien auf die Finger.

Das eiserne Schweigen im Umgang mit der DVU mag wohl dazu beigetragen haben, sie zu zermürben und zu spalten - nach der halben Legislaturperiode saßen sich zweimal drei Abgeordnete spinnefeind gegenüber. Ob das an der Totschweigetaktilik oder an anderen Faktoren liegt - dafür, daß innerparteiliches Mobbing bei den Rechten wahrscheinlich noch ausgiebiger passiert als in anderen Parteien, liefern die Wilhelmshavener Republikaner reichlich Beispiele. Man denke an die “Enthüllungen” von Rainer und Hermann Westermann über “Stammesfehen” innerhalb der REPs (GEGENWIND 126). Ein Herr Westermann schaltete sich denn auch in die Live-Sendung bei Radio Jade ein, um eifig zu berichten, daß Joachim Münch deshalb die Fraktion und die Partei verlassen habe, weil Robert Bahr die finanziellen Zuwendungen, die er Münch habe zukommen lassen, eingestellt habe - was von

Münch natürlich zurückgewiesen wurde. Münch erklärte schließlich, wie es zu seinem Austritt gekommen sei: Jochade selber habe das angeleiert - um den Landesvorstand der Republikaner unter Druck zu setzen, habe er unter den Mandatsträgern für den Austritt geworben - mit Erfolg in mehr als einem Dutzend Fällen.

Die Republikaner, so führt Münch am 9.3. aus, sind wahltaktisch, persönlich und inhaltlich zerstritten; zwischen den beiden ehemaligen Ratskollegen gibt es keinen Kontakt mehr, sie schauen sich nicht einmal an, wenn sie sich im Rat begegnen.

Gegen diesen Hullerhaufen hat unser OB Eberhard Menzel ein zwar nicht bewährtes, aber doch altes Rezept: “Ich bin dabei, eine Allianz der Demokraten zusammenzubringen...” (vgl. 1994, vgl. 1996) “...wir müssen einmal darüber nachdenken, ob eine Zusammenballung von Menschen, die aus anderen Bereichen Europas kommen, dort mit diese Stimmung gefördert haben, ob wir nicht für eine bessere Durchmischung auch zu sorgen haben, das heißt für eine andere Verteilung.” (Radio Bremen, 7.3.) Ob die Radio-Bremen-Interpretation dieser Bemerkungen (“sozialdemokratische Variante von ‘Ausländer raus’”) unserem OB gerecht wird, sei dahingestellt; die Diskutanten der Radio-Jade-Sendung (neben Rainer Ewald sprach Micheal Diers mit Stefan Leimbrinck) finden, daß jeder, der unseren Oberbürgermeister kennt, niemals auf eine solche Idee kommen könnte.

Auf die Idee, daß die Republikaner “die Stadt vor sich hertreiben” (Grabler) bringen Menzel und sein Parteigenosse Norbert Schmidt uns jedoch schon, wenn sie öffentlich erklären, in Wilhelmshaven herrsche ein Gefühl der Unsicherheit, “und darüber müssen wir uns mit der Polizei unterhalten”, oder “Die Situation ist so, daß die Leute Taten sehen wollen. Sie wollen, daß auf bestimmte Vorgänge in dieser Stadt reagiert wird” (WZ vom 5.3.98). Das könnten auch die Republikaner sagen. (noa)



Mirabel

Ausgewähltes Spielzeug für Kopf, Herz & Hand - denn:

Spielen ist Nahrung für die Seele!

Ute Voeth
Grenzstrasse 16
26382 Wilhelmshaven Tel. 04421 - 21575

ZEITSPRUNG

natürlich wohnen

Naturfarben, -öle, -wachse · Tapeten
Kleber · Wandputze
Holzfußböden · Korkparkett · Linoleum
Sisal- und Kokosbeläge · greenline-Teppichböden
Reinigungs- und Pflegemittel
Parkett-Schleifmaschinen Verleih

Mühlenweg 86 · 26384 Wilhelmshaven
Tel. 04421-33134 · Fax 34360

Schlag mich, aber tu mir nicht weh

Daß sich die beiden großen Volksparteien im Bund in ihren Programmen nur wenig voneinander unterscheiden, ist hinlänglich bekannt. Daß die Maaß-geschneiderte CDU in Wilhelmshaven und die kaiserlichen Sozis der Jadestadt sich weit näher sind als allgemein angenommen, ist zumindest den politisch interessierten Mitbürgern gleichfalls nicht unbekannt.

Daß Letztere es aber so weit treiben wie am 25. Februar 1998, also wenige Tage vor der für die SPD und Schröder so eminent wichtigen Landtagswahl in Niedersachsen, war wohl der vorläufige Gipfel der Gemeinsamkeit.

Da laden doch der CDU-Ortsverein Hepens-Mitte und der SPD-Unterbezirk Wilhelmshaven zu einer **gemeinsamen** Wahlveranstaltung in den Ratskeller ein. Ein Novum in diesem unserem Lande. Bislang waren es stets parteineutrale Institutionen, die Kandidaten unterschiedlicher politischer Couleur zum Disput einluden.

Wollte man hier mal wieder neue Zeichen setzen?

Thema dieses politischen Treffs: "Niedersachsen vor der Wahl". Darüber plauderten Spitzenkandidat Dr. Biester (CDU) und Spitzenkandidat Wilfrid Adam (SPD). Von einem harten Schlagabtausch der Rivalen - wie von vielen erwartet - konnte keine Rede sein.

Die WZ berichtete denn am nächsten Tag süffisant über ein "Duell in Samt und Watte". Einige Zuhörer vermuteten sogar, daß nicht nur die Veranstaltung, sondern auch die Fragen und Antworten vorher bereits abgesprochen waren. Doch die schwarz-roten Teilnehmer an dieser Show hatten wohl ihren Spaß daran, und so äußerten einige der Versammelten gar, man möge auch künftig bei ähnlichen Anlässen (vielleicht vor der Bundestagswahl?) weitere solcher Treffs durchführen.

Würde die örtliche SPD dem folgen, dürfte ein Zusammenschluß des CDU-Ortsverbandes Wilhelmshaven mit dem sozialdemokratischen Unterbezirk von Schlicktau in nicht allzu ferner Zeit Wirklichkeit werden. Vor einem Vereinigungs-Parteitag wäre nur noch zu klären: Gibt es Unterschiede zwischen CDU - WHV und SPD - WHV? Wenn ja, wer entdeckt sie?

Vielleicht gerade wegen dieser Einmaligkeit eines solchen "Gemeinschaftswerkes" mag der Ratskeller proppevoll gewesen sein. Diese drangvolle Enge - so Seit` an Seit` mit dem politischen Gegner - kommentierte der Talkmaster und Chef der Wilhelmshavener Sozialdemokraten, Norbert Schmidt - laut WZ - so: "Es ist bezeichnend, daß sich die Politik so wenig



zutraut. Damit hatten wir nicht gerechnet." Auf die Raumfülle bezogen dürfte diese seine Erkenntnis im besonderen ja zutreffen. Auf die jadestädtische Politik im allgemeinen bezogen jedoch nicht. Da trauen sich die im Rathaus Regierenden durchaus mehr zu. Und das zum Leidwesen der ohnehin schon arg gebeutelten Bürger unserer Stadt.

Doch: CDU hin - SPD her.

Immerhin hatten die etwa 140 Teilnehmer an diesem Kandidatenplausch den Vorteil, daheim einige Watt an Strom gespart zu haben. Sie kamen nach dem Schattenboxen

von Dr. Biester und Adam anschließend völlig kostenlos in den Genuß, sich das Rededuell Schröder und Wulff auf N3 anzuschauen.

Bleibt nur die Frage offen, ob der eine oder andere nach Hören und Sehen dieser Showveranstaltung überhaupt noch Bock auf den Urnengang am 1. März hatte.

Redaktion

„...und Schuld hat nur die SPD“

So unrecht hatte die Grünen-Vertreterin im Rat, Marianne Fröhling, nicht, wenn sie der SPD einen gehörigen Teil der Schuld am Aufstreben der Republikaner anlastete.

Bereits Anfang der 90er Jahre, als die Rechtsradikalen in unserer Stadt bei Wahlen immer mehr Stimmen erhielten, hatten linke Sozialdemokraten aus den verschiedenen Ortsvereinen vom Unterbezirksvorstand gefordert, sich intensiv mit den Ursachen zu beschäftigen und etwas dagegen zu unternehmen. Der damalige UB-Vorsitzende Peter Junklewitz wurde aufgefordert, die Partei möge doch eine entsprechende Veranstaltung durchführen. Einige Genossen wollten sogar einen Sonderparteitag, der sich ausschließlich und öffentlich mit den Rechtsextremisten in der Jadestadt befassen sollte. Doch anscheinend konnte sich Junklewitz im Vorstand des Unterbezirks damit nicht durchsetzen, denn es geschah nichts.

Als die Nazis im Mai 1992 ihren Aufmarsch vor der WZ hatten, fand am gleichen Tag der Unterbezirkstag der SPD in der Stadthalle statt. Statt nun die über 100 Delegierten

aufzufordern, sich geschlossen diesem Aufmarsch an Ort und Stelle entgegenzustellen, zog man es vor, für ein halbes Stündchen auf dem Börsenplatz - also weit entfernt vom Geschehen - "sich darüber aufzuregen".

Auch der Junklewitz-Nachfolger Norbert Schmidt hielt dieses Thema auf Sparflamme. Dabei hätten spätestens nach der letzten Kommunalwahl die Verantwortlichen in der SPD wissen müssen, daß große Worte wie "Wir brauchen ein Bündnis gegen Rechts" nicht ausreichen.

Der SPD als stärkste Partei in Wilhelmshaven hätte es gut zu Gesicht gestanden, wenn sie damals im aktiven Kampf gegen Rechts die Führungsaufgabe übernommen hätte.

Deshalb waren die Äußerungen der Grünen-Vertreterin der Wahrheit näher, als es Norbert Schmidt wahrhaben wollte. Sie als "dreist, unverschämt und unter die Gürtellinie gehend" (WZ v. 18.3.98) zu bezeichnen, war wohl eher ein verbales Ablenken von eigenen Veräumnissen.

Redaktion

Beschäftigte und Erwerbslose: Wir haben die gleichen Interessen!

Politik und Kapital versuchen immer wieder, Beschäftigte und Erwerbslose gegeneinander auszuspielen.

Weder „Einstiegs“-Tarife noch Niedriglohngruppen, weder die Verlängerung der Arbeitszeiten noch Reduzierung der „Lohnneben“-Kosten schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. Es wird nur der Druck auf die Gewerkschaften für eine optimale Interessenvertretung erhöht. Auch die Senkung des Arbeitslosengeldes schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern führt nur direkt in die Armut für alle Betroffenen.

Demonstrieren wir gemeinsam:

**FÜR ARBEIT UND
SOZIALE GERECHTIGKEIT**



Perspektive

Unabhängiges Kulturzentrum
April 1998

ab 02.04. **Fotoausstellung: "Schrott"**
bis 29.04. von Monika Stoll
Besichtigung: Fr, Sa, So jeweils ab 19.00
Uhr. Di und Do jeweils 09.30 - 12.30 Uhr.
Mi jeweils 10.00 -13.00 Uhr.

Mi 01.04. **Tauschringtreffen**
20.00 Uhr Infoabend

Do 02.04. **Amnesty International**
19.00 Uhr Treffen

Sa 04.04. **Großes Dartturnier**
14.00 Uhr Einsteiger/Anfänger
17.30 Uhr Ligaspieler/Fortgeschrittene
19.30 Uhr Mannschaftsspieler

Fr 10.04. **Kabarett "Harter Bär auf**
20.30 Uhr **Reisen"** - Hartmut Behrens
spielt "Tannenhäuser und
Löwenblut"

Sa 11.04. **Perspektive geschlossen**
So 12.04. Die Perspektive wünscht
allen Bürgern einen ange-
nehmen Ostersonntag

Mo 13.04. **Frühschoppen mit der Folk-**
11.00 Uhr **Punkband "Die Schnitter"**
Freier Eintritt

Do 16.04. **Amnesty International**
19.00 Uhr Treffen

Fr 17.04. **Jazzkonzert** mit den
20.30 Uhr SEAPORT STOMPERS

Fr 24.04. **Perspektive geschlossen**

Sa 25.04. **Fashion-Night** / Modenschau
19.00 Uhr

So 26.04. **Fashion-Night** / Modenschau
16.00 Uhr

Ständige Termine

KNEIPE geöffnet Mi bis SO ab 19 Uhr;
MALKREIS: jd. DO 9.30 -12.30 Uhr; Tauschring-
Büro / Info und Beratung: jd. Di. 10-13 Uhr und
jd. Mi. 19-21 Uhr; SENIOREN-FOTOKREIS: jd.
1. Di im Monat 19.30 Uhr; FOTO-STAMMTISCH
(f. Amateure): jd. 1. Do im Monat, 19.30 Uhr;
ARBEITSGRUPPE SPECKSTEIN jd. Di 9.30-
12.30 Uhr; PLANUNGS-TEAMSITZUNG
(öffentlich) jd. Di 19.30 Uhr

PERSPEKTIVE, Wilhelmshaven, Schelling-
str. 21 (Ecke Freiligrathstr.), Tel. 301 397.



DIE LANDESBÜHNE NIEDERSACHSEN JUNGES THEATER



Programm April 1998

Premieren:

Witte Wyandotten Niederdeutsche Büh-
ne, Do, 9.4., 20 Uhr. Stadttheater. Weitere
Aufführungen: So 19.4., 15.30 u. 20 Uhr,
Fr 24.4., 20 Uhr, So., 26.4., 15.30 u. 20
Uhr.

Gefährliche Liebschaften von C. Hamp-
ton. Sa 18.4., 20 Uhr. Stadttheater. Weitere
Aufführungen: Di, 21.4., Do, 23.4., 20
Uhr.

Reaktionstheater Jugendclub der Lan-
desbühne. So, 19.4., 15 Uhr. Junges
Theater, Rheinstraße.

Heinrich V. von I. Cornelissen. Do, 23.4.,
11 Uhr. Junges Theater, Rheinstraße.
Weitere Aufführungen: So, 26.4., 15 Uhr.

Stadttheater:

Mein Kampf von G. Tabori. Mi, 1.4., Sa,
4.4., Di, 28.4., jeweils 20 Uhr.

Liebling, hast du die Ringe von J. Rotter.
So, 5.4., 15.30.

Ballett - Dornröschen Oldenburgisches
Staatstheater. Mi, 22.4., 19.30 Uhr.

Junges Theater Rheinstraße 91

Improvisationsabend - Jugendclub der
Landesbühne. Fr, 17.4., So, 19.4., jeweils
20 Uhr.

Ruckepack von F. Fuhrmann, R. Ste-
phan. So, 5.4., 15 Uhr.

Andere Veranstaltungsorte

VIII. Sinfoniekonzert. Kölner Kammer-
orchester. Sa, 25.4., 20 Uhr. Stadthalle

Theaterkasse: werktags 11-13 Uhr, an
Aufführungstagen außer So 18-19 Uhr,
Tel. 900115. Junges Theater, Rheinstr.
91, Kasse 1/2 Stunde vor Vorstellungsb-
eginn.

Kulturzentrum pumpwerk

Mi, 01.04. **"Inspirationen"**
20.30 Uhr Rock-Musik der 70er

Fr, 03.04. **Anarchist Academie**
21.00 Uhr "Rappelkistenkids" Tour '98

Sa, 04.02. **Frühlingsgefühle**
22.00 Uhr Die Pumpwerk Techno Party

Di, 07.04. **Ingo Appelt**
20.00 Uhr **"Der Abräumer"**

Mi, 08.04. **Treff nach Sieben**
19.00 Uhr Behinderten-Disco

Sa, 11.04. **Ballermann**
22.00 Uhr Wilhelmshavens Lokalmatadore

Fr, 17.04. **Dudel, Kändler, Schmidt,**
20.30 Uhr **Wesslowski "Adebar naht im**
Eirausch"
Revue mit Chansons

So, 19.04. **Privater Kinderflohmarkt**
10.00 Uhr Standgebühr 10.- DM

MI, 22.04. **"Train of Horror"**
20.30 Uhr Premiere des neuen Musicals
DO, 23.04. der MuTaTe
20.30 Uhr

Sa, 25.04. **Friedemann und Band**
21.00 Uhr Ein Wanderer zwischen Welten

So, 26.04. **Walter von Rossum** liest aus
19.00 Uhr "Simone de Beauvoir und Jean
Paul Sartre"

Do, 30.04. **Tanz in den Mai**
20.30 Uhr Mit Mike and the Maniacs

Vorschau Mai '98

So, 03.05. Helge Schneider "schaut auf
ein Täschen Tee vorbei"

Fr, 08.05. Hudson Shad "singing
Sa, 09.05. Comedian Harmonies"

Fr, 15.05. Die NDR Bigband

Sa, 16.05. Jo van Nelsen "Kitsch"

Fr, 22.05. Phantoms of Future

Sa, 23.05. Up to Heaven Party

Vorschau Juni '98

Fr, 05.06. Train of Horror
Sa, 06.06. Musical der MuTaTe

Sa, 13.06. "Sixpack" Sommernachtsparty
der W'havener Szenekneipen
mit Rock'n Roll Show von
Capt. Candy

Fr, 19.06. Fr. Popette Betancour und
Band / Pop Chansons

SA, 20.06. "Eglence" Türkische Hip Hop
Party mit Melody

Kulturzentrum Pumpwerk, An der Deichbrücke,
26382 Wilhelmshaven, Tel. 04421- 43877

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe

Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr

METROPOL
im Pumpwerk

Restaurant - FrühstücksCafé - Mittagstisch
Biergarten - Live Music & Kinderspielplatz
WfW, An der Deichbrücke Tel. 04421-43660

ZOFF IN DER SPD?

EIN SPD-ORTSVEREIN KRITISIERT DIE REPRÄSENTATIONSVERSCHWENDUNG DER SPARKASSE

(ub) Daß die Sparkasse der Stadt Wilhelmshaven in den nächsten zwei Jahren rund 60 Millionen DM für die bauliche Erweiterung ihrer Haupt- und Zweigstellen investieren wird, ist beschlossene Sache. Alle im Verwaltungsrat der Sparkasse vertretenen Kommunalpolitiker haben zugestimmt. An der sozialdemokratischen Basis jedoch regt sich Widerstand. Nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand werden die geplanten Ausgaben als "Wertvernichtung zu Lasten der Stadt" und als "Repräsentationsverschwendung" bezeichnet. Auf Antrag des SPD-Ortsvereins Villenviertel-Tonnedeich wird sich der nächste Unterbezirksparteitag der SPD mit der Investitionspolitik der Sparkasse beschäftigen müssen.

Norbert Schmidt, Unterbezirksvorsitzender der SPD und neuer Vorsitzender des Bauausschusses, hat zum Bauvorhaben der Sparkasse deutlich Position bezogen. Schmidt betont, daß die geplanten Millionenausgaben "Arbeitsplätze im Bauhaupt- und Nebengewerbe in dieser Stadt sichern", und begrüßt ausdrücklich die "Pläne der Sparkasse Wilhelmshaven, in den Umbau und die Sanierung des Hauptgebäudes am Theaterplatz sowie in weitere Neubauten in dieser Stadt erhebliche Mittel zu investieren." (WZ vom 03. 03. 98)

SINNLOSE INVESTITIONEN

Ganz anders sieht das der SPD-Ortsverein Villenviertel-Tonnedeich. Dieser Ortsverein fordert in einem Antrag an den nächsten UB-Parteitag Wilhelmshaven u. a. die SPD-Ratsfraktion auf, "die einseitige Politik der Förderung von Stadtbildgestaltung durch Luxus-Sparkassengebäude zurückzuschrauben." (Aus dem Antrag) In dem zweiseitigen Antrag zeigen die Genossen/innen des Ortsvereins Villenviertel Tonnedeich auf, daß die geplanten Investitionen der Sparkasse nicht nur schon mittelfristig keinen vernünftigen Sinn ergeben. Vielmehr entsteht der Stadt Wilhelmshaven auch ein erheblicher finanzieller Schaden.

Nach Meinung der SPD-GenossInnen werden sich allein schon durch die Einführung neuer Technologien die Betriebsabläufe bei Banken und Sparkassen in wenigen Jahren erheblich verändern. Niemand kann aber jetzt schon definitiv sagen, welche (baulichen) Gegebenheiten diesen veränderten Betriebsabläufen gerecht werden. Es ist vielmehr zu erwarten, daß sich die Betriebsabläufe in den nächsten 5 bis 10 Jahren so massiv verändern, daß hohe Investitionen von heute nur wenige Jahre Bestandskraft haben werden.

„MASSIVE REPRÄSENTATION“

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Villenviertel-Tonnedeich und Ex-Ratsherr Hans Hartmann hatte bereits in einem Leser-

brief an die WZ - veröffentlicht am 05.02.98 - kritisch zur Investitionspolitik der Sparkasse Stellung bezogen. Hartmann: "Wenn die Hauptstelle am Theaterplatz allein 40 Mio.

Einfluß auch auf die Gewinnentwicklung und damit verbunden auf die am Gewinn orientierten Gewerbeertragssteuerzahlungen der Sparkasse.

Der SPD Ortsverein Villenviertel-Tonnedeich zeigt auf, daß die Stadt Wilhelmshaven "jährlich rund 1 Mio. DM Gewerbesteuer zusätzlich verlieren" wird, wenn die Sparkasse durch die jetzt geplanten Investitionen ihre Gewinne "jährlich um mindestens 5 Mio. DM" mindert. Mehrere Faktoren sind es, die die zukünftigen Bilanzgewinne und damit verbunden die Steuereinnahmen der Stadt schmälern. Auch die Sparkasse kann ihr Geld nur einmal ausgeben, die für den Umbau getätigten Ausgaben stehen zur Kreditvergabe - eine der Haupteinnahmequellen jeder Bank - nicht mehr zur Verfügung. Umfangreiche Folgekosten zwecks Bestandssicherung treten auf. Erheblich höhere Abschrei-



Ausgaben verursacht, was dem Wert von 100 guten und freistehenden Einfamilienhäusern entspricht, wird auch Laien deutlich, daß hier massiv Repräsentation beabsichtigt ist, weil nur wenig Hauptstellenvergrößerung ansteht und räumliche Änderungen zur Betriebswirtschaftsoptimierung und Bausanierung nie so teuer sind." Hans Hartmann sieht daher "die Reduzierung der Ausgaben um 50 bis 75 Prozent" als "dringend erforderlich" an.

Nun könnte man meinen, daß es alleine die Angelegenheit der Sparkasse ist, wie sie die jährlichen Gewinne in zweistelliger Millionenhöhe verwendet. Aber, die Sparkasse ist sogenanntes Sondereigentum der Stadt Wilhelmshaven. Zwar verzichtet die Stadt nach wie vor auf eine Beteiligung an den Gewinnen der Sparkasse, sie hat aber durch die im Verwaltungsrat der Sparkasse sitzenden Kommunalpolitiker entscheidenden

bungsbeträge in den nächsten Jahren verringern ebenfalls den Bilanzgewinn.

ARBEIT - ARBEIT - ARBEIT

An der SPD-Basis rumort es. Die GenossInnen sind verärgert. Der oben genannte Ortsverein weist in seinem Antrag an den UB-Parteitag darauf hin, daß "in einer armen Stadt... die kommunalpolitisch Verantwortlichen in besonderer Weise darauf zu achten (haben), daß Geld rentierlich und politisch klug ausgegeben wird." Statt prestigeträchtiger Protzbauten wird erwartet, daß die Sparkasse ihr Geld u.a. dazu verwendet, dort, wo "Arbeitsplatzabbau droht", Betriebe durch Kredite zu stützen.

Im Bankgewerbe selbst ist mit drastischem Stellenabbau in den nächsten Jahren zu rechnen. Lt. einer WZ-Meldung vom 17. 02. 98 prognostiziert das Vorstandsmitglied

der Deutschen Angestellten Gewerkschaft, Gerhard Renner, einen Stellenabbau von "bis zu 200 000 Jobs (...) in den nächsten acht Jahren." Der o.g. SPD-Ortsverein fordert "sichere Arbeitsplätze oder Abfindungen im Fall von Entlassungen" sowie eine "hohe Ausbildungsquote der Sparkasse".

Im o.g. Antrag wird mit Kritik an den eigenen Ratsvertreter/innen nicht gespart: "Heutige kommunalpolitische Beschlüsse für den Baubereich lassen die Feststellung zu, daß unsere öffentlichen Gebäude, Schulen und Straßen...in 5 Jahren noch schlechter aussehen als heute. Wenn gleichzeitig die kommunalen Sparkassen höchsten Glanz erreichen und Arbeitsplätze abbauen ist das eine Politik, die einer CDU-orientierten Kommunalpolitik sehr nahe steht."

SPARKASSE VERKAUFEN?

Angesichts der prekären Finanzsituation der Stadt Wilhelmshaven sollte nach Meinung der SPD-Genossen eine Beteiligung der Stadt an den Gewinnen der Sparkasse "für die Zukunft kein Tabuthema bleiben, zumal es kaum ärmere Städte als Wilhelmshaven in den alten Bundesländern gibt." Deshalb, so der SPD-Ortsverein Villenviertel-Tonndiech, muß der nächste SPD-Unterbezirksparteitag fordern: "Durch Verhandlungen der SPD-Spitze mit allen anderen Mitgliedern des Verwaltungsrates der Sparkasse muß erreicht werden, daß die bisherigen Blockadehaltungen in der Sparkassenpolitik durch ausgewogene Entscheidungen ersetzt werden." Im Klartext: Der Verwaltungsrat der Sparkasse besteht aus neun Mitgliedern. Drei sind Bedienstete der Sparkasse. Die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder (6) sind Kommunalpolitiker aus dem Rat der Stadt. Wenn die beiden Vertreter der Grünen und der CDU mit den vier Vertretern der Mehrheitsgruppe (SPD/FDP/UWB) an einem Strang ziehen, kann eine Gewinnausschüttung der Sparkasse an die Stadt schnell beschlossene Sache sein.

In Kreisen der SPD wird mittlerweile sogar auch über einen Verkauf der Sparkasse nachgedacht. Das geht zwar so einfach nicht. Zunächst einmal müßte die niedersächsische Landesregierung das Sparkassengesetz entsprechend ändern. "Aber" - so ein SPD-Genosse gegenüber dem Gegenwind - "es gibt Überlegungen, den Kommunen dadurch Luft zu verschaffen, die Stadt Wilhelmshaven wäre dann vermutlich auf einen Schlag schuldenfrei." □



Ständige Termine



ADFC (ALLGEMEINER DEUTSCHER FAHRRAD-CLUB) KREISVERBAND WILHELMSHAVEN: Treffen jd. 1. Do im Monat, 20 Uhr, Ruscherei. Kontakt: 04421-83221.

AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLLVERBRENNUNG: Kontakt: Tel. 303688 oder 34734.

ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS WILHELMSHAVEN: jd. letzt. Mi. i. Monat, 20 Uhr, Will-Bleicher-Zentrum, Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63.

ARBEITSKREIS SEXUALISTISCHER MACHTMISSBRAUCH IN THERAPIE UND BERATUNG: c/o Schlüsselblume, Tel. 12984.

ARBEITSLOSENINITIATIVE: Beratung: Mo 9-13, Do 9-13 + 16.30-18.30 Uhr u. nach Absprache; Treffen jd. 2. Di im Monat, 10 Uhr; jeweils im Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63. Tel. 21641 o. 23290

ARBEITSPLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN: Mühlenweg 67; Tel. 305966; Beratungszeiten: Mo.-Do. 8-17 Uhr, Fr. 8-12.30 Uhr

AUSLÄNDERBEIRAT DER STADT: Rathausplatz, Eingang Passage, Zi. 26, Tel. 161281

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ IN DEUTSCHLAND (BUND): OG W'haven Jd. letzten Di. um 20 Uhr im Kreuzelwerk, WHV. Kontakt: 04421-82352 u. 81307.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grünes Büro, Ulmenstr. 26; Tel.: 37120; Bürozeiten: Mo.-Do. 16-18 Uhr. Kommunal AG: montags vor der Ratssitzung. Mitgliederversammlung siehe Aushang am Büro und Presse

BÜRGERINITIATIVE GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT (BIGAF): Tel. 44044

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ WILHELMSHAVEN (BUW): H. Klöpfer, Weser 33, Tel. 04421 44000

DFG/IVK: Jd. Di um 20 Uhr im TARISH

DGB-SENIOREN: Jd. 2. + 4. Mo. im Monat 15.30 Uhr, DGB-Haus

DRITTE-WELT-LADEN: Mi. 15-18 Uhr Gemeindehaus Banter Kirche

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS: jd. 2. + 4. Mo. (außer Ferien und Feiertage) um 19.30 Uhr im Gemeindehaus Heppenser Str. 29, Tel 83305

FRAUENCAFÉ "BACKSTUBE": jd. 3. Sa. ab 17 Uhr Buchladen "lesen und schreiben", Albrechtstr. 10

FRAUENHAUS: "Frauen in Not" Tel 22234, Tag- und Nachtbereitschaft

FRIEDENSBEWEGUNG WILHELMSHAVEN: jd. 2. + 4. Mi. im Monat um 20 Uhr im PUMPWERK

GRAUE PANTHER: Jd. Mo. ab 16 Uhr, Kirchreihe 18a.

GREENPEACE: Kontakt: 23114.

INTERNATIONALES FRAUENCAFÉ: Di. 17-21 Uhr; Marktstr. 151 (Verein der Griechen)

INTERNAT. MÄDCHENGESPRÄCHSKREIS: Kontakt 30 59 13

JUSOS IN WHV: 14täg. Mittw. 20.30 Uhr öffentl. MV: Jugendheim Kirchreihe 18a; Info-und Mecker-Tel.: 44833

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT „ROCK“ e.V. Reginalbüro Wilhelmshaven Dates telefonisch vereinbaren! Fon: 44149, Fax: 42773, 'Notteléfono': 0171 6444554, eMail: andreas.kout@t-online.de

PAVILLON: Blumenstr. 15-17; Mo.-Fr. 14-21 Uhr

PROBLEMTTELEFON-TELEFONSELSORGE: Täglt. 17-21 Uhr; Tel. 11103

PROFAMILIA: Schwangerschaftskonflikte, §218, soziale und psychologische Beratungsstunden für Jugendliche und Erwachsene, Peterstr. 47, Tel. 25080

RADIO JADE: Infotreff: jd. Mi. von 17.30 bis 18.30 Uhr, Galerie M, Kanalstr. 43 (Eingang von der Weserstr. Höhe Allerstr.)

RAN (Regionale Arbeitsstelle zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen) Büro: Paul-Hug-Str. 60, Tel.: 13 66 66, Fax: 13 66 01, Mo.-Do. von 9-12 und 14-17 Uhr sowie nach Vereinbarung

SCHLÜSSELBLUME e.V.: Beratungs-, Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen; Weserstr. 192; Tel. 201910.

SCHWULENGRUPPE: (Wilhelmshaven-Nordsee) Treff jd. Do ab 21 Uhr im "mai pen lai", Ebertstr. 128; Schwules Café jd. So ab 15 Uhr i. d. W'havener AIDS-Hilfe (s.u.); schwules Berat.tel. So 14-16 Uhr 04421-19411.

SELBSTHILFEGRUPPE SUCHTKRANKER FRAUEN: jd. Mo 19.30 Uhr, Diakonie, Werftstr. 71. Kontakt: 303664 o. 74252.

SJD/DIE FALKEN: jd. Di. 19.30 Uhr, Jugendheim Kirchreihe 18a

SOS-BERATUNGSSTELLE UND WOHNGRUPPE für Jugendliche und junge Erwachsene: Danziger Str. 31; Tel.: 12711; Putziger Str. 3; Tel.: 53313; Termine nach Vereinbarung

SOZIALISTISCH-DEMOKRATISCHER ARBEITNEHMERINNENVEREIN (LINKSRUCK): Tel.: 44833

STADTSCHÜLERRAT: Jd. 1. + 3. Mo. im Monat (außer Ferien) 16-17 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a;

TEESTUBE BANT: Teestube der evang. Jugend Bant, Werftstr. 75; Mo.-Fr. ab 15 Uhr, Tel. 22434

TERRE DES HOMMES: AG Wilhelmshaven, Kontakt: 04421/81200

TIERRECHTSBEWEGUNG: Hauptstr. 2, Middelsfähr; Tel. 04421/701055; Treffen am letzten Sonntag im Monat im Spectacle, Rheinstr.

VERBAND ALLEINERZIEHENDER MÜTTER UND VÄTER: Jd. 4. Fr. im Monat um 20.30 Uhr, Krähenbusch; Kontakt: 04421/202607

VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN: jd. 1. Mo. 20 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a

WILHELMSHAVENER AIDS-HILFE: Bremer Str. 139; Tel. 21149 (Büro); Öffnungszeiten Mo-Fr 10-16 Uhr, Offenes Café Mo-Fr 13-16 Uhr, tel. Beratung unter 19411 Mo-Fr 10-16 Uhr; persönl. Beratung u. Gruppenveranst. nach Absprache.

WILHELMSHAVENER HELFEN: Annahmestelle für Kleidung, Wäsche, Spielzeug, Haushaltsgegenstände, Kleinmöbel, Kontakt: Isolde Stump, Rosenstr. 7, Tel.: 33682

WILHELMSHAVENER MUSIKINITIATIVE e.V.: Banter Deich 8 (MusikerInnenhaus beim Pumpwerk) 26382 W'haven, Kontakt: André Schulze, Andreas Kout, Mo.&Fr. 10.00-14.00 Uhr, Mi. 11.00-18.00 Uhr, Tel. 44699, Fax: 994378, Notteléfono: 0171 6444554, eMail: wilhelmshavenermusikinitiative@t-online.de

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM: Mo.-Do. 19-22 Uhr, Gewerkschaftshaus Kielerstr. 63



Gastkommentar

DAS ORAKEL

DER JADE-PORT IST IN ALLER MUNDE – DOCH BISHER HAT SICH NOCH NIEMAND KRITISCH MIT DER PLANUNG AUSEINANDERGESSETZT. JOCHEN MARTIN SCHREIBT DARÜBER IM GEGENWIND

Eine "Analyse der Umschlagpotentiale für einen Container- und Mehrzweckhafen in Wilhelmshaven" (Jade-Port-Studie) legte die Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung e.V. (WHV) im Februar der interessierten Öffentlichkeit vor. Darin werden neben u.U. möglichem Eisenerzumschlag *insgesamt wachsende Kohleeinfuhren aus Übersee* prognostiziert, die dann zu einem erheblichen Teil über Wilhelmshaven laufen dürften.¹⁾ Auch für den Containerumschlag räumen die von der WHV beauftragten Gutachter von der Ingenieur-Gesellschaft mbH für Bauplanungen (Oldenburg) und dem Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (Bremen) einem Wilhelmshavener Containerterminal *sehr gute Chancen* ein.

Ob dieses Projekt einen nennenswerten Beitrag gegen die hier herrschende Massenarbeitslosigkeit oder zur Sanierung der maroden städtischen Steuerkasse leisten könnte, war nicht Gegenstand der Analyse.

In der Untersuchung ging es allein um die allgemein erwartete Steigerung des weltweiten Transportaufkommens insbesondere von Containern und um den daraus resultierenden Ausbau der Hafenumschlagkapazitäten in der Nordrange²⁾. Die Vorteile eines Jade-Port wären seine ideale seewärtige Lage, das tiefe Fahrwasser, eine relativ gering belastete Hinterlandinfrastruktur, sowie ein großes Maß ausgewiesener Flächen für die Ansiedlung von Distributionszentren.³⁾

Die Zukunftsdeuter prognostizieren, daß

der Containerumschlag in der Nordrange von 13,8 Mio TEU⁴⁾ im Jahre 1996 auf ein Volumen zwischen 33,8 Mio und 42,7 Mio TEU im Jahre 2020 steigen werde. Angenommen, daß die Inbetriebnahme des Jade-Ports frühestens in der Zeit um 2006 erfolgt, gehen sie davon aus, daß die Phase, in der Kunden gewonnen werden müssen, bis zu 15 Jahre in Anspruch nehme. Bis zum Jahre 2020 wäre so ein Jahresumschlag zwischen 2,9 und 4,1 Mio TEU erreichbar.

Große Erwartungen werden dabei in den Ostasiendienst unter Einsatz von Großcontainerschiffen gesetzt. Der Weitertransport entfielen auf kleinere - die skandinavischen und baltischen Häfen bedienende - Feeder-schiffe⁵⁾ und auf den Hinterlandverkehr...

sollten eine Kohlevergasungsanlage gebaut und die Niedersachsenbrücke um 660 m verlängert werden. Auch Frau Breuel bestätigte, daß der Ausbau der Niedersachsenbrücke kurz vor der Tür stehe (WZ, 28.4.82).

1983: "Erz über Wilhelmshaven: Ziel der Stahlkonzerne" schlagzeilte die WZ am 26.2.83. Im Text darunter heißt es: "Damit wäre die Mengenbasis von sechs bis acht Millionen Tonnen erreicht, die Niedersachsens Wirtschaftsminister Birgit Breuel sich für die Verlängerung der Niedersachsenbrücke errechnet hat." Und der damalige Wilhelmshavener Oberbürgermeister Hans Janßen berichtete lt. WZ vom 3.12.83, daß "...maßgebliche Vertreter der Stahlindustrie erst vor wenigen Tagen im Rathaus ihr weiteres Interesse an Erzeinfuhren über Wilhelmshaven betont (hätten)".

Dann wieder eine kalte Dusche: "Jadestädtische Erz-Chancen hängen von der Bereitstellung von Subventionen ab." (WZ, 15.12.83). Mit solchen Wechselbädern ging es jahrelang weiter - bis heute.

1990: Auch eine abgespeckte Version des Erz-/Kohleumschlages von 2 Mio. Jahrestonnen, für die sich die Wilhelmshavener Umschlags- und Verkehrsgesellschaft (WUG) einen Lagerplatz im Rüsterei der Groden genehmigen ließ, brachte der Niedersachsenbrücke keine einzige zusätzliche Tonne Umschlag.

Könnte Wilhelmshaven nach seinen vielen Enttäuschungen am seeschifftiefen Wasser demzufolge doch noch von seinem mit Milliarden an Steuergeldern erbauten Tiefwasserhafen profitieren?

Die Frage läßt sich nicht schlüssig beantworten. Einfacher wird dagegen zu errechnen sein, was der Jade-Port mit allem Drum und Dran kosten wird. Einige hundert Millionen dürften es schon werden. Ob sich das Projekt volkswirtschaftlich (in Form von Arbeitsplätzen und Steueraufkommen) rechnet bzw. mit welchen ökologischen Auswirkungen bei seiner Realisierung zu rechnen ist, das dürften die zukünftigen Themen sein, an denen sich die Geister scheiden werden.

WELCHE CHANCEN HAT EIN CONTAINERHAFFEN AN DER JADE?

Was die für die nächsten zwanzig Jahre prognostizierte Zuwachsrate zwischen 90 und 140% im Containerverkehr der Nordrange angeht: In den letzten 50 Jahren wuchs Wirtschaft und Löhne fast ununterbrochen an. Jetzt aber verstetigt sich das Absinken der Einkommen breiter Bevölkerungsschichten. Die Gutachter meinen dagegen, daß eine *Sättigungsgrenze* in Europa lediglich beim Fleischkonsum festgestellt werden könne, prognostizieren ansonsten weitere Konsumzuwächse und begründen damit ihre Prognose steigender Containertransporte. Doch wie sollen denn zusätzliche Waren eingekauft werden, wenn immer mehr Menschen immer weniger Geld im Portemonnaie haben?

Mit der Analyse von Wirtschaftsdaten ist das so eine Sache. Da ist nicht mal auf den Internationalen Währungsfonds (IWF) Verlaß: Jedenfalls zeigte er sich jüngst außerstande, rechtzeitig die Gefahr des Zerplatzens der wirtschaftlichen Seifenblasen in den ostasiatischen "Tigerstaaten" zu erkennen: Noch im Jahresbericht 1997 bezeichnete der IWF das Steueraufkommen Südkoreas als beneidenswert, die makroökonomische Politik Thailands als gesund und belobigte Indonesien für seine "vorsichtige makroökonomische Politik, seine hohen Investitions- und Sparquoten und die Reformen zur Öffnung der Märkte." Kurz nach dem Erscheinen zogen die Spekulanten ihre Gelder aus diesen Ländern ab...

Ein Beispiel, wie Hafenprojekte in Wilhelmshaven geplant werden:

1977: Nachdem der erste Erzfrachter bei 250.000 Tonnen Ladefähigkeit lediglich mit einer Teilladung von 100.000 Tonnen Hamburg anließ, fragte man sich in Wilhelmshavener Hafenkreisen: "Warum noch keine positive Entscheidung für Erzverkehr?" (WZ-Dokumentation vom 19.11.79). Bei dieser Gelegenheit propagierte man auch gleich den Export (!) von Kohle über Wilhelmshaven.

1979: Auf dem niedersächsischen Hafentag vertritt die damalige niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel die Auffassung, daß Wilhelmshaven eine einmalig günstige Möglichkeit für eine wirtschaftlich interessante Erzverhüttung an der Nordseeküste biete.

1981: Auf dem Hafentag beschäftigte sich Frau Breuel mit dem Import von Kohle und führte dazu einschränkend aus, daß Tiefwasserhäfen notwendig seien, doch keineswegs Überkapazitäten entstehen dürften. Damit nicht genug, schüttete sie den Wilhelmshavener Hafenkreisen einen weiteren Wermutstropfen ins Glas: "Gerade Kohleausfuhrländer aber verfügen zur Zeit nur über wenige Tiefwasserhäfen." (WZ, 8.4.81)

1982 war man schon wieder zuversichtlich: "Investitionen von zwei Milliarden Mark noch in diesem Jahrzehnt an der Jade vorgesehen" (WZ, 06.03.82). U.a.

Wilhelmshaven, Kirchreihe 68



*A Tribute to
Real Music*

Sa / So ab 10.30 Frühstücksbuffet 8,90

WUG ist ein 100%iges Tochterunternehmen der WZ

Gesetzt den Fall, die Gutachter würden mit ihren Prognosen richtig liegen: Wäre dann ein Jade-Port unausweichlich, um den deutschen Containeranteil in der Nordrange zu halten? Wie sieht es z.B. mit den Großcontainerschiffen aus Ostasien aus? Beim genauen Hinhören sind in der ansonsten äußerst optimistisch gestimmten Jade-Port-Studie einige dissonante Zwischentöne zu entdecken, z.B.: *Ein oder zwei nordeuropäische Hafenankünfte werden zum Standard für Fernost-Europa-Verkehre.*

Nun wird unzweifelhaft einer davon Rotterdam sein. Bleibt als zweiter also Wilhelmshaven als einziger deutscher Tiefwasserhafen übrig? Da schieben die Hamburger bereits jetzt einen Riegel vor, denn die Anpassung der Elbe an die großen Containerschiffe ist dort längst beschlossene Sache.

Jüngst ist es allerdings den Bremerhavenern gelungen, den Ostasiendienst der dänischen "Maersk Line" von Hamburg abzuwerben. Das kostet Hamburg zwar nur 60.000 bis 80.000 TEU Umschlag⁷⁾ pro Jahr (also rund 2% des Containerumschlags), zeigt aber, wie erbittert die Seehäfen um Frachtanteile kämpfen und welche Zugeständnisse sie dabei machen müssen. In diesem Falle konnte die "Maersk Line" dadurch gewonnen werden, daß sich die Bremer im Gegensatz zu Hamburg bereit zeigten, dieser Reederei durch Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft Einfluß auf das Geschehen am Containerterminal einzuräumen. (Ein kleiner Vorgesmack auf das, was bevorsteht, falls Wilhelmshaven da mitmischen will.)

Auch die in Wilhelmshaven kolportierte Behauptung, in den anderen Häfen seien zukünftig nicht mehr ausreichend Containerstellplätze vorhanden, wird in der Studie nicht bestätigt: *Die etablierten Haupthäfen sind in der Lage, erhöhte Volumina und*

Marktanteile zu sichern. Dagegen stehen die eher weittragenden Häfen stark unter Druck. Die Frage, welchen Rang der Jade-Port in dieser Reihenfolge einnehmen müßte, dürfte sich wohl erübrigen.

Was den Fernost-Verkehr (nicht zu vergessen Indien, Nahost, Nord- und Ostafrika) angeht, müssen sich Hamburg und Rotterdam eher Sorgen machen, daß ihnen zukünftig die europäischen Mittelmeerhäfen einen Teil wegschnappen. Es ist nun mal nicht zu ändern, daß der Seeweg via Suez-Kanal zu den Mittelmeerhäfen Tausende von Kilometern kürzer ist als zu den Häfen der Nordrange. Auch die Verfasser der Jade-Port-Studie sind der Ansicht, daß der Kampf um den mitteleuropäischen Markt zwischen nord- und südeuropäischen Häfen an Intensität zunehmen wird.

Das Hauptargument für den Bau eines Jade-Ports steht danach auf sehr wackeligen Beinen. Wenn aber im Überseeverkehr nur magere Umschlagzahlen erzielt werden können, dann entwickelt sich auch kein nennenswerter Feederverkehr bzw. Binnenlandtransportbedarf.

KOOPERATIONSMÖGLICHKEITEN MIT BREMERHAVEN

Bremerhaven hat gerade seinen dritten Containerterminal (CT3) eingeweiht, will den gleich wieder um einen Liegeplatz (CT3A) verlängern und plant schon einen CT4. Und für evtl. Stapelplatzmangel schlägt die Jade-Port-Studie u.a. folgende Lösung vor: *Verbessertes Containerstacking. (...) Mit Hilfe von sehr breiten Gantry Cranes ist eine Stapelhöhe von 6 Containern vertikal möglich.* Auch die Vertiefung der Außenweser ist so gut wie amtlich. Und obwohl die noch bevorsteht, fahren jetzt schon Containerriesen (Maersk Line) von bis zu 346 m Länge und 42,80 m Breite, mit Ladefähigkeit von 6.600 TEU, zu den Weser-Terminals.

Nun unterliegen Bremerhaven und Wilhelmshaven nahezu identischen verkehrs- und wirtschaftsgeographischen Bedingungen. Beide Hafenstandorte haben das gleiche weiträumige Gebiet mit relativ geringer Wirtschaftskraft als Hinterland. Letzteres ist zudem zwischen den Versorgungsgebieten der beiden Haupthäfen Rotterdam und Hamburg eingeklemt. Im Feederverkehr ist es ähnlich. Im Westen dominieren die Rheinmündungshäfen und im Osten Hamburg.

Daß Bremerhaven dazwischen bis jetzt noch erstaunlich gut mitstrampeln kann, liegt in der jahrhundertalten bremischen Kaufmanns- und Schifffahrtstradition, den immer wieder erneuerten weiträumigen Handelsbeziehungen, der kontinuierlichen Anpassung

der bremischen Häfen an veränderte Bedingungen und im "know how" bremischer Bürger begründet.

Aber der Hafenwettbewerb wird immer härter, weil Überkapazitäten vorgehalten werden. Ein Jade-Port müßte also von Bremen bzw. Bremerhaven als ein Konkurrent im eigenen Nest angesehen werden.

Zwar wird in der Jade-Port-Studie dieses Problem nicht direkt angesprochen, doch man kann es auch anders ausdrücken: *Es wird deutlich, daß die Hinterlandaffinitäten, wie sie (...) für Wilhelmshaven argumentativ hergeleitet wurden, sich heute bereits in den Hinterlandstrukturen der Bremischen Häfen manifestieren. Das liegt daran, daß sich die lokalen Gegebenheiten in Bremerhaven und Wilhelmshaven sehr ähnlich sind: Beide haben kein eigenes Hinterland und ziehen Vorteile aus der guten seewärtigen Lage.*

Wie unter diesen Umständen eine Kooperation funktionieren soll, ohne daß daraus Nachteile für Bremerhaven entstehen, bleibt vorerst rätselhaft.

Abschließend ist festzustellen, daß man - wenn man beim Lesen nicht ganz bei der Sache ist - angesichts der in dem Gutachten dargestellten glänzenden Zukunftsaussichten eines Jade-Port leicht die kurzen Passagen übersieht, die alles wieder relativieren. Da kann es einem leicht ergehen wie dem König Pyrrhus. Der zog gegen Rom, weil ihm im Orakel zu Delphi verkündet wurde: "Wenn du in den Krieg ziehst, wirst du ein großes Reich zerstören." Zu spät begriff er, daß sein eigenes Reich gemeint war. Doch Orakel sind out - Gutachten sind in. □

Jochen Martin

¹⁾ Die kursiv gedruckten Satzteile und Ausdrücke sind aus der Jade-Port-Studie zitiert

²⁾ Gemeint sind die Festlandhäfen zwischen Le Havre und Hamburg

³⁾ Güterverteilzentren bzw. Containerpackstationen

⁴⁾ TEU: Twenty Foot Equivalent Unit (auf Neudeutsch: 20 Fuß-Container)

⁵⁾ Zubringerschiffe, die die Container von den großen Schiffen übernehmen und zu den kleinen Häfen weitertransportieren (und umgekehrt)

⁶⁾ aus "Le Monde diplomatique" Nr. 13 (Febr. 1998)

⁷⁾ aus "Schiff und Hafen" Nr. 3/98

ARMUT UND SOZIALE UNGLEICHHEIT

DIE ARMEN WERDEN IMMER ÄRMER, DIE REICHEN IMMER REICHER

In Wilhelmshaven sind rund 7000 Menschen arbeitslos, davon 150 unter 20 Jahren. Ca. 500 wohnungslose Menschen leben in Wilhelmshaven. Über 7000 Menschen beziehen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (= Sozialhilfe im engeren Sinn), und weitere 6000 Menschen beziehen Sozialhilfeleistungen im weitesten Sinne. Im krassen Gegensatz dazu verfügen die über 80 Millionäre in Wilhelmshaven durchschnittlich über ein Vermögen von mehr als 2,8 Millionen DM.

Nach einer Definition der UNO leben Menschen dann in Armut, wenn sie über so wenig Einkommen verfügen, daß sie "das Maß an Lebenschancen, Lebenskomfort und Selbstrespekt, das die Gemeinschaft, der sie angehören, als normal ansieht", entbehren müssen. Ein lediger Sozialhilfeempfänger erhält monatlich 539 DM (in Niedersachsen). Dieser Betrag muß für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens reichen. Daß die Wilhelmshavener Sozialhilfeempfänger mehr entbehren müssen, als es die Definition der UNO nahelegt, daß sie also in einem der reichsten Länder der Erde arm sind, räumt auch Oberbürgermeister Eberhard Menzel ein: "Wer die Realität unseres Lebens kennt, weiß, daß dieser Betrag nicht ausreicht, um sich über die existentiellen Bedürfnisse hinaus am Leben zu beteiligen. Daher kann man sagen, daß es vielen Menschen in unserer Stadt nicht gut geht und sie nicht an dem teilhaben können, was Leben auch ausmacht, wie zum Beispiel ein Kinobesuch oder einmal schön essen gehen."

Zu ändern sei dies, so Menzel, nur durch andere Bundesgesetze. Die Städte seien lediglich Ausführungsorgane des Bundes. "Es ist Aufgabe des Bundes, den Tatbestand Ar-

mut aufzufangen. Die Städte sind dazu überfordert."

Eine bewährte Methode, soziale Ungleichheiten zu kaschieren, um soziale Spannungen oder gar eine Explosion zu verhindern, ist immer noch, die Betroffenen ruhig zu stellen. Das System "Brot und Spiele" aus Rom funktioniert auch in Deutschland bestens. Dies sehe man allein daran, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Iwersen, daß sich an Großdemonstrationen gegen die Arbeitslosigkeit gerade mal 200.000 bis 300.000 Menschen beteiligten. Bei 4,3 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen ist das eine sehr kleine Zahl. Die "perfekte Verwaltung der Arbeitslosen durch die Bundesanstalt für Arbeit", so Iwersen, "macht es möglich, daß jeder Betroffene unauffällig bleibt."

Die Demonstrationen der Wilhelmshavener Arbeitslosen machen da keine Ausnahme.

Aus einer ganz anderen Perspektive sieht dies der Bauunternehmer, CDU-Politiker und Millionär Bernhard Rech. Trotz der vielen Arbeitslosen fehlten ihm oft qualifizierte Arbeitskräfte. "In Deutschland ist es zu einfach, ohne regelmäßige ehrliche Arbeit auf Kosten der Allgemeinheit zu leben. Das führt dazu, daß Menschen lieber Arbeitslosengeld beziehen, anstatt zu arbeiten." Dies sei gegenüber denjenigen ungerecht, so Rech weiter, die für wenig Geld hart arbeiteten. Im übrigen gebe es "echte Not" in Deutschland nicht. Warum hart arbeitende Menschen einerseits arm blieben, andererseits vermögend würden, hat Rech zufolge viel mit Glück zu tun, aber auch mit Intelligenz und Erziehung.

"Eine Gesellschaft wird gewisse Ungleichheiten akzeptieren müssen", davon ist Gabriele Iwersen überzeugt. Die entscheidende Frage sei eben, inwieweit eine Gesellschaft die immer größer werdende Diskrepanz zwischen Arm und Reich, zwischen Erfolgreichen und Erfolgreichen, zu ertragen bereit sei.

Wann ist die Schmerzgrenze erreicht - bei acht, 18 oder 28 % Wilhelmshavener, die rechts wählen?

**Samuel Klar, Ennostraße 16,
26382 Wilhelmshaven**

Samuel Klar ist freier Journalist und arbeitet für Radio Jade.

Leserbrief

Robin Hood muß helfen

Hi, so grüßt man und frau in USA tatsächlich, aber das vertraute Moin, Moin geht mir immer noch einfacher über die Lippen, obwohl wir schon fast vier Monate in Texas leben. In dieser Zeit hat sich in unserer Heimatgemeinde 'ne Menge getan und - leider war es vorauszusehen - nicht zum besten.

1985 sind wir von Wilhelmshaven nach Schortens gezogen und waren uns auch immer des Vorteils bewußt, in einer Gemeinde zu wohnen, die sich, soweit möglich in einer kleinen Gemeinde, hohe umweltpolitische Ziele gesteckt hatte. Daß damit sowohl Familien- als auch Zukunftspolitik betrieben wurden, war ein Grund mehr, mit unserer wachsenden Familie dort zu bleiben und in den letzten Jahren zu versuchen, daran mitzuarbeiten.

Mit der Kommunalwahl, die andere Weichen stellte und, wie in dem Artikel ganz richtig bemerkt, auch die von der Rolle ließ, die die vorherigen Mehrheitsentscheide ganz klar mitgetragen haben, brachen die traurigen Zeiten an, denen wir zwar geographisch entkommen sind, die uns aber garantiert beeinträchtigen werden, wenn wir wieder zu Hause sind. Schlimm genug.

Jetzt wohnen wir in einem Land, das sich so gut wie keine Gedanken über umweltpolitische Belange macht. Unserer Tochter fiel, nach einer Kindheit in der "Ökogemeinde", nicht nur die Tatsache auf, sondern sie konnte auch gleich eine mögliche Ursache benennen. Annas Worte: "Kein Wunder, daß die sich hier nicht um ihre Umwelt kümmern, die haben einfach zu viel davon" bringen es genau auf den Punkt. Schortens, Friesland hat weder genug Umwelt noch das Unwissen über die Notwendigkeiten. Menschen, die wider besseres Wissen, und das unterstelle ich sogar Herrn Janto Just, der ja immerhin lange genug in Schortens lebt, um die Errungenschaften seiner Vorgänger/innen zu schätzen, Fehler begehen, unter denen die Gemeinde nachhaltig zu leiden hat, sind auch nicht mit eventuellem Wählerwillen zu entschuldigen. Ein Baum ist ein Baum ist ein Baum... und der größte Betonkopf müßte zwischen dem Baum und sich selbst unterscheiden können. Der eine ist lebendig, und der andere starkköpfig.

Der mündige "Bürger" und auch jede mündige "Bürgerin" sollten sich genau überlegen, ob sie jedem Starrkopf um der eigenen Popularität willen auch weiterhin die Möglichkeit geben wollen (durch die nächsten Kommunalwahlen), Lebendes zu vernichten, Gefährliches zu ermöglichen (PVC). Ganz abgesehen davon, welche Auswirkungen es langfristig auf die ökonomischen Verhältnisse in der Gemeinde hat, derart kurzfristig (bis zu nächsten Wahl!?) zu denken. Wer kommt schon gerne in eine "tote" Gemeinde/Wer lebt schon gerne da? Welche Jugendlichen können sich mit einer Gemein-

NATURATA
Das
Fachgeschäft
für Naturkost
und
Naturwaren
Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren
Wilhelmshaven
Gokerstraße 58

de identifizieren, in der sie keine Planungsgröße mehr darstellen, außer als die Sündenböcke zu gelten (Jugendzentrum), bei denen man am leichtesten sparen kann? Über das Thema "Frauenbeauftragte" will ich gar nicht mehr sprechen - obwohl es in diese unselige Kette von Ereignissen gehört. Die Gemeinde Schortens ist dabei, von einem Haufen Schildbürger für Bürger ihrer wichtigsten Grund-

säulen beraubt zu werden. Die Frage ist nur: Welche(r) Robin W(H)ood kommt uns zu Hilfe?! Darauf bin ich ebenso gespannt wie auf die neuesten News aus Wilhelmshaven/Friesland.

Bye, bye und tschüß

Margret Wierich-Lux,
San Antonio, TX, USA

“UNVERBINDLICH”

DIE GESCHÄFTSORDNUNG DES AUSLÄNDERBEIRATES IST NUR EINE HALBE SACHE

(noa) Seit dreizehn Jahren gibt es in Wilhelmshaven einen Ausländerbeirat - seit dem 18.3. hat er endlich eine Geschäftsordnung. Daß das Sprichwort "Was lange währt, wird endlich gut" auf diese Satzung nur eingeschränkt zutrifft, darüber berichteten wir schon im letzten GEGENWIND.

Für die, die ihn nicht gelesen haben, in Kürze noch einmal: Die im Ausländerbeirat erarbeitete Ratsvorlage regelte in § 19 (1): "Die Mitglieder des Ausschusses haben das Recht, im Kultur-, Schul- und Sozialausschuß mit beratender Stimme mitzuwirken, soweit das in der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven in der jeweils gültigen Fassung geregelt ist. ..." Nun, das ist in der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven eben nicht so geregelt, und sie hätte geändert werden müssen. Daß das durchaus geht, hat die Stadt Osnabrück gezeigt, an deren Satzung sich unser Ausländerbeirat orientiert hat, doch der Rat hat das abgelehnt.

Die Vorstellung der ausländischen MitbürgerInnen ging nur dahin, mit **beratender** Stimme an diesen drei Ausschüssen mitwirken zu dürfen. Angesichts dessen, daß dieser Wunsch von Menschen geäußert wird, die z.T. schon seit vielen Jahren in dieser Stadt leben, Steuern zahlen und in vielfältiger anderer Weise ihren Beitrag leisten, ist er sehr bescheiden. Entsprechend groß waren die Enttäuschung und der Ärger, die in der Beiratssitzung am 25.2. geäußert wurden.

ALLES SCHÖN DEMOKRATISCH

Diese Enttäuschung und dieser Ärger wurden dem OB Eberhard Menzel sehr temperamentvoll vorgetragen. Offensichtlich war er darauf innerlich schon vorbereitet, nicht zuletzt durch unsere Meldung (die er "ganz unmöglich" fand). Er belehrte den Beirat in Sachen Demokratie: Der Rat ist ein demokratisch gewähltes Gremium, also sind seine Beschlüsse demokratisch, und die Mitglieder des Ausländerbeirates mögen sich doch an der ansonsten sehr schönen Geschäftsordnung freuen.

Offensichtlich mochte sich aber niemand so richtig freuen. Zwar steht im § 1 unter der Überschrift "Aufgaben", daß "der Ausländerbeirat ... nach Maßgabe dieser Geschäftsordnung an den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen der Stadt" mitwirkt, doch die einzigen Mitwirkungsmöglichkeiten bestehen darin, gegenüber den Fachausschüssen des Rates Empfehlungen und Stellungnahmen abzugeben (§ 15) und

über "Vorlagen der Verwaltung an den Verwaltungsausschuß oder den Rat, Anträge von Ratsmitgliedern und Bürgeranträge, die die besonderen Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner nichtdeutscher Herkunft betreffen", vor ihrer Beratung im Rat informiert zu werden, um evtl. eine Stellungnahme dazu abzugeben (§ 16).

"Wir haben durch diese Geschäftsordnung keine Rechte bekommen", brachte es ein Beiratsmitglied auf den Punkt - das einzige (wenn auch schmale) Recht wäre die beratende Mitgliedschaft in den drei o.g. Fachausschüssen gewesen. Und ein anderes Mitglied wies darauf hin, daß die ausländischen WilhelmshavenerInnen mangels Wahlrecht keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Rates haben und daß dessen Beschlüsse für sie insofern nicht zwangsläufig demokratisch sind.

Als ober dies nicht gehört hätte, betonte OB Menzel noch einmal das demokratische und "eilvernehmliche" Zustandekommen der Geschäftsordnung und traf die Einschätzung, der § 15 mache den § 19 (1) überflüssig.

Nicht nur die ausländischen Beiratsmitglieder machten deutlich, daß beides nicht zutrifft. CDU-Ratsherr Fehnders, der von Anfang an für seine Fraktion dem Ausländerbeirat angehört, nannte den Ratsbeschuß "unbefriedigend" und drückte sein Bedauern über die verpaßte Gelegenheit aus, den WilhelmshavenerInnen ausländischer Herkunft reelle Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben - was nun herausgekommen ist, weist dem Ausländerbeirat "lediglich unverbindliche beratende Funktion" zu, wie das Rechtsamt der Stadt festgestellt hat.

GESCHÄFTSSTELLE SEIT MONATEN UNBESETZT

Nach der temperamentvollen Debatte um die wenig zufriedenstellende Geschäftsordnung stand ein weiterer explosiver Punkt auf der Tagesordnung, und zwar das Thema "Geschäftsführer".

Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit Monaten gegen den Geschäftsstellenleiter, weswegen er von seinem Amt abgezogen

Kommentar

WAS IST HIER EIGENTLICH LOS?

Hätten die Sitzung des Ausländerbeirates und die Landtagswahl nicht so kurz hintereinander stattgefunden, dann hätte ich mir wohl keine weiteren Gedanken gemacht. So geht mir einiges immer im Kopf herum.

Viele Leute in Wilhelmshaven waren empört über die Andeutung in Radio Bremen (vgl. "Medienecho auf den Stimmenzuwachs der Republikaner"), unser OB vertrete eine sozialdemokratische Variante von "Ausländer raus". Wer unseren OB kennt, würde auf eine solche Idee niemals kommen, waren sich z.B. die Teilnehmer der Radio-Jade-Sendung einig. Und bezüglich der Geschäftsordnung des Ausländerbeirates erfahre ich, daß Eberhard Menzel innerhalb der SPD einer der wenigen ist, die den ausländischen WilhelmshavenerInnen gerne etwas mehr Mitwirkungsmöglichkeiten gegeben hätten.

Und doch: Es ist nichts wirklich Faßbares, mit irgendeinem Wortlaut Belegbares, aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die "Ausländerfreundlichkeit" unseres OB etwas überheblich Gönnerhaftes hat.

In der Sitzung des Ausländerbeirates erinnerte Menzel (und nicht nur er, sondern auch andere deutsche Anwesende - wohl gemerkt aber **nicht** die deutschen Beiratsmitglieder!) mich an einen Lehrer, der seine Kids mitbestimmen läßt, welches Fehlverhalten in der Klasse mit welcher Strafe geahndet wird, bei Wünschen nach einem anderen Unterricht jedoch meint, das gehe nun aber zu weit.

Anette Nowak



wurde. Für kurze Zeit erledigte ein anderer städtischer Mitarbeiter die Arbeit. Seit Monaten ist nun Geschäftsstelle des Ausländerbeirates unbesetzt. Wer dort anruft, bekommt keine Antwort, die Post häuft sich, das Zimmer ist versiegelt. "Man kann nicht warten, bis die Ermittlungen gegen den Geschäftsführer abgeschlossen sind - die Geschäftsstelle muß besetzt werden", so fordert der Ausländerbeirat. Angesichts dessen, daß die im Rat der Stadt beschlossene Geschäftsordnung in §1 (4) festlegt: "Die Kassenführung wird durch die Geschäftsstellenleiterin/den Geschäftsstellenleiter erledigt", sollte man erwarten, daß die Stadt schnell eine Lösung findet. Es scheint sich bei der Verwaltung jedoch niemand zu finden, der/die diese Aufgabe bis zur Klärung der Vorwürfe gegen den Geschäftsführer wahrnehmen kann. Auch auf dieser Ebene setzt Wilhelmshaven keine auf Integration zielenden Zeichen. □

DIE JUNGFRÄULICHKEIT VERLOREN

EINE BILANZ NACH GUT EINEM HALBEN JAHR RADIO JADE: DER GEGENWIND SPRACH MIT DEN RADIOMACHERN

(ft/hk) Ende August 1997 ging Radio Jade zum ersten Mal auf Sendung. Wir sprachen mit dem Redaktionsleiter Michael Diers und dem Mitglied des Programmausschusses Wolfgang Willig unter anderem übers Verhältnis zur WZ, zur Stadtverwaltung und über die politische Ausrichtung des Senders.

Seit einem guten halben Jahr gibt es Radio Jade. Wie ist es Euch so ergangen? Gibt es Probleme? Wie reagieren die HörerInnen auf den Sender?

RADIO JADE: Ein halbes Jahr – das ist ja schon eine ziemlich lange Zeit. Wir haben festgestellt, daß die Akzeptanz von Radio Jade größer und größer wird, genauso wie unser Hörerkreis.

Habt Ihr da genauere Zahlen?

RADIO JADE: Nein – eine genaue Untersuchung wird wohl erst zum Ende des Jahres vorliegen. An der Beteiligung unserer Hörer an den Sendungen, seien es Musikwünsche, Anrufe, wenn es Karten oder CDs zu gewinnen gibt, daran merken wir schon, daß wir einen recht großen Zuhörerkreis haben. Des weiteren schreiben uns viele unserer Hörer. Man schlägt uns Themen vor, sendet uns Materialien zu. Da ist die Entwicklung sehr gut.



Ihr seid angetreten, um professionelles Radio zu machen. Doch manche Sendungen klingen ganz und gar nicht professionell.

RADIO JADE: Wir sind in einen Markt hineingeworfen worden, der von NDR, Radio Bremen und Antenne Niedersachsen bestimmt wurde. Damit steigen natürlich auch die Anforderungen. Wir haben ja leider nicht die Möglichkeit, alle MitarbeiterInnen so auszubilden, wie die anderen das können. Und da wirkt natürlich so manches etwas hilflos. Viele MitarbeiterInnen haben sich allerdings auch schon stark verbessert. Unsere Hörer sehen uns nicht als einen Laien-Regionalsender, sondern eher als einen professionellen Sender an. Wir versuchen, so professionell wie möglich Radio zu machen, was uns mit bestimmten Sendungen gelingt, mit anderen noch nicht.

Der nichtkommerzielle Rundfunk wurde in Niedersachsen installiert, um dem vielerorts vorhandenen Meinungsmonopol einer Zeitung etwas entgegenzusetzen. In Wilhelmshaven heißt dieses Monopol WZ. Versteht Ihr Euch als Ergänzung der WZ oder seid Ihr ein Gegenpol?

RADIO JADE: Aufgabe von Radio Jade ist eigentlich, dem Monopol etwas entgegenzu-

setzen. Wir waren der Meinung, daß sich auch die WZ bewegen wird, wenn wir erst einmal auf Sendung sind. Das ist aber nicht geschehen. Der Stil der WZ hat sich eigentlich noch verschlimmert. Man sieht uns als Konkurrenz an. Wir setzten uns ja, zumindest anfangs, mit den selben Themen wie die WZ auseinander. Inzwischen fassen wir ganz andere Themen an.

Als wir die Sendung über den Wahlerfolg der Republikaner machten – da haben wir unsere Jungfräulichkeit verloren. Da sind wir an ein Thema rangegangen, das bisher, außer dem GEGENWIND, keiner angefaßt hat. Diese Sendung hat in der Stadt breite Diskussionen ausgelöst. Und die WZ schweigt weiterhin! Es ist ein Skandal, wenn ein Republikaner in ein Mikrofon sagt, daß sein Hund auf Ausländer anschlägt, weil ‚die anders riechen‘, und er diesen Hund ‚Neonazi‘ nennt. Und dann noch offen ins Mikro sagt: „Wenn hier jemand Republikanerpolitik macht, dann sind das Bahr und Heger.“ Und diese Zeitung verschweigt das alles.

Wenn jemand Radio Jade eine Presseerklärung zuschickt und diese gleichzeitig der WZ zukommen läßt, dann verweigert die WZ die Behandlung des Themas. Das gilt nach unseren Informationen auch im umgekehrten Fall.

RADIO JADE: Falls so etwas in der Vergangenheit passiert sein sollte – in Zukunft wird es das nie wieder geben.

Versteht Ihr Euch eigentlich als bissiges Bürgerradio oder als Profisender, der eine bestimmte Region mit allen notwendigen Informationen versorgt?

RADIO JADE: Ein ‚bissiges Bürgerradio‘ kann nie die Qualität haben, die wir uns vorstellen. Wir wollen der regionale Sender sein, den man als Informationsmedium nutzt, der den Leuten, den Politikern, den Parteien auf die Finger schaut und die Dinge so benennt, wie sie benannt werden müssen.

Will Radio Jade ein politischer Sender sein?

RADIO JADE: Wir sind dabei, unsere politischen Konturen zu finden. Wir verstehen uns dabei als journalistisches Radio. Wir können als Sender z.B. nicht alles, was die Grünen machen, richtig, und alles, was die CDU macht, falsch finden. Wir müssen genau schauen: Was hilft der Region? Und das geht nur überparteilich. Wir gehen jetzt mit Themen um, die keiner anpacken mag, wozu sich keiner äußert. Um das richtig machen zu können, brauchen wir gute Journalisten, die

Mittagstisch
Party-Service
 [ab 10 Personen]
Feiern aller Art im
Hause [bis 40 Personen]
Ausser Haus-Service
Geflügel & Fleisch
 [aus kontrolliert ökologischer Landwirtschaft]
 Mo. – Fr.: 12.00–14.30 Uhr & ab 18.00 Uhr
 Sa. & Feiertags: ab 18.00 Uhr
 Sonntag Ruhetag
 Börsenstrasse 25 • 26382 Wilhelmshaven
Telefon 04421 • 41616

sich mit dem politischen Geschehen in dieser Stadt, in dieser Region auseinandersetzen. Wir brauchen keine Leute mehr, die mal ihre CD-Sammlung über den Sender bringen wollen. Radio Jade zeigt endlich Profil – darum brauchen wir gute ausgebildete MitarbeiterInnen.

Du hast eben gesagt, daß Eure politische Richtung lautet: Was hilft der Region? Wer bestimmt denn, was der Region nützt? Ist das John Niemann von der Hafenwirtschaft? Ist das die vielzitierte Wilhelmshaven-Fraktion? Wer entscheidet bei Euch, ob z.B. der Jade-Port der Region hilft?

RADIO JADE: Das ist natürlich alles vielschichtig – wie beim Hornbach-Projekt. Wir müssen in der Redaktion zu diesen Fragen eine klare Position beziehen. Wir müssen uns über alle Seiten informieren, und dann muß die Redaktion eine Entscheidung treffen.

Müßt Ihr denn überhaupt klar Stellung beziehen? Kann Radio Jade nicht einfach ein Diskussionsforum sein und die Hörerinnen und Hörer bilden sich selbst ihre Meinung?

RADIO JADE: Es ist natürlich manchmal hilfreich, wenn man Pro und Contra gegeneinander zu Wort kommen läßt, und der Hörer bildet sich seine eigene Meinung. Wir haben uns vorgenommen, solche Themen wie z.B. Hornbach und Jade-Port auch zu kommentieren, so wie wir es auch bei der Sendung um das Wahlergebnis der Republikaner gemacht haben.

Habt Ihr denn bei Radio Jade überhaupt das Fachwissen, um Entscheidungen wie ‚Was hilft der Region?‘ zu fällen? Könnt Ihr beurteilen, was wirtschaftlich gut für die Region ist?

RADIO JADE: Wir diskutieren in den täglichen Redaktionssitzungen über solche Themen auch mit anderen Leuten. Die Kompetenz, solche Entscheidungen zu fällen, die ist bei uns schon da. Wir haben ja auch noch die Fachgruppen, in denen Leute aus allen möglichen Bereichen mitarbeiten. In diesen Fachgruppen werden alle Themen sehr in-

tensiv diskutiert. Letztendlich muß dann der jeweils verantwortliche Redakteur entscheiden.

Und diese Fachgruppen gibt es noch, und die arbeiten auch noch?

RADIO JADE: Nicht alle. Die Fachgruppen Ausländer und Frauenthemen arbeiten momentan nicht mehr so intensiv – die müssen wir wieder aktivieren. Andere Gruppen, wie Maritimes und Politik und Wirtschaft arbeiten dagegen sehr intensiv. Und da ist auch Kompetenz vorhanden.

Um eine Entscheidung treffen zu können, ist die Vorarbeit sehr wichtig – daß man Leute zusammenholt, die zu einem Thema etwas sagen können. Im Vorfeld müssen wir informationsmäßig in die Breite gehen und die richtigen Quellen zur Verfügung haben. Das ist in der Praxis, gerade hier in Wilhelmshaven, gar nicht so einfach.

Wie ist Euer Verhältnis zur Stadtverwaltung, zum Stadtrat?

RADIO JADE: Bislang noch ganz gut. Ich habe das Gefühl, daß die sich mehr und mehr mit Radio Jade arrangieren.

Zu Anfang sah es doch so aus, daß die Stadt nicht gerade zu den Unterstützern von Radio Jade gehörte.

RADIO JADE: Das ist sie auch nach wie vor nicht. Man sieht uns wie jeden anderen Radiosender. Daß Radio Jade ein Projekt ist, das der Stadt auch dienlich sein könnte, sieht man in der Stadtverwaltung noch nicht. Welche Stadt kann schon sagen, daß sie einen Radiosender hat? Das ist doch ein Imagewert! Bisher haben wir noch keinen Hinweis darauf, daß man in der Stadt darüber froh ist. Die Politiker kommen natürlich zu uns in den Sender, sie nehmen sich die Zeit für das Radio. Aber Unterstützung, daß dieser Sender auch noch nach dem Jahre 2002 weiterbesteht – da gibt es kein Signal.

Wir danken Euch für dieses Gespräch. □

KANALISIERUNG DER KAISERBALJE

AUSZÜGE AUS DER ANTWORT DES BUNDESVERKEHRSMINISTERIUMS (BMV) AUF DIE ANFRAGE VON GILA ALTMANN

(hk) Im letzten GEGENWIND veröffentlichten wir Auszüge aus der Anfrage von Gila Altmann (MdB, Bündnis90/Grüne) zur projektierten Ausbaggerung der Kaiserbalje. Die Antwort des BMV führte zu polemischen Angriffen der Wilhelmshavener Hafenwirtschaft gegen Frau Altmann und die Bundesregierung.

Was gefällt der Wilhelmshavener Hafenwirtschaft nicht an der Antwort der Bundesregierung? Daß das Bundesverkehrsministerium die Planung zurückhaltend beurteilt, weil die Kaiserbalje im Nationalpark Wattenmeer liegt und schnell wieder versanden würde und es keine schlüssige wirtschaftliche Begründung für die Maßnahme gibt? Zitate aus der Antwort der Bundesregierung (kursiv):

Eine Vertiefung des Wattfahrwassers im Bereich der bei Tideniedrigwasser trockenfallenden Wattwasserscheide wird von der Bundesregierung aus wasserbaulichen, ökologischen und gesamtwirtschaftlichen Gründen äußerst zurückhaltend beurteilt.

Erste Trenduntersuchungen durch die Bundesanstalt für Wasserbau und Bewertungen der örtlich zuständigen Wasser- und Schifffahrtsämter des Bundes zeigen, daß künstliche Vertiefungen im Bereich der bei Tideniedrigwasser jeweils trockenfallenden Wattwasserscheide, die sich in einem morphologischen Gleichgewichtszustand zu den örtlichen Seegangs- und Strömungskräften befindet, schnell wieder auflanden würden. Zu erstmaligen Ausbaurkosten würden laufende Unterhaltskosten hinzukommen. Kosten würden auch für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu veranschlagen sein, da sich das Wattfahrwasser in einem nahezu unberührten Bereich des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer befindet.

Diese Problematik wurde mit Vertretern der Hafenwirtschaft Wilhelmshavens bereits mehrfach erörtert. Es wurde vereinbart, daß die Interessenten durch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nach den Grundsätzen der Bundesverkehrswegeplanung zunächst einen Bedarfsnachweis erbringen, wobei alle denkbaren Alternativen zu berücksichtigen sind.

Oder gefällt der Hafenwirtschaft nicht, daß jetzt öffentlich geworden ist, daß es gar nicht um den Ausbau der Kaiserbalje, sondern um einen Kanalneubau quer durchs Hohe-Weg-Watt geht?

In einer Vorstudie ist das Wasser- und Schifffahrtsamt Wilhelmshaven von einem zweischiffigen Verkehr ausgegangen und hat bei einer Sohlenbreite von 60 Metern und einer Vertiefung von 80 cm eine Baggermenge von 150.000 m³ angesetzt. Aus Gründen der Verkehrssicherheit wurde eine gestreckte Trassenführung in grober Anlehnung an den zur Zeit bestehenden Prickenweg gewählt.

Wilhelmshavens Hafenwirtschaft geht allerdings mit einem ganz anderen Konzept hausieren: Kaiserbalje als Einbahnstraße. Also nur einschiffiger Verkehr. Dieser Plan, *der jedoch verkehrstechnischen Erfordernissen so nicht gerecht wird, habe lediglich den Zweck gehabt, erste Abschätzungen möglicher Baggermengen vornehmen zu können.*

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,65%** bei 100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver Jahreszins: 5,77 %

Die Tilgung kann mit Lebensversicherungen der Vereinigten Postversicherung VVaG oder der VPV Lebensversicherung AG erfolgen

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144

VEREINIGTE
POSTVERSICHERUNG

Auf Sicherheitsfragen konnte das BMV allerdings keine Antworten geben. Da hieß es immer nur lapidar: *Hierzu liegen keine Untersuchungen vor.*

Angestoßen wurde die Kanalisierung der Kaiserbalje vom Beta (heute WRG)-Chef J.A.v. Weelden, der seine Tankschiffe über die Kaiserbalje in den deutschen Osten schicken wollte. Auch er bekommt vom BMV einen gehörigen Dämpfer: *Für den Schifffahrtsweg Kaiserbalje besteht Befahrverbot für Binnentankschiffe. An eine Aufhebung des Befahrungsverbotes ist nicht gedacht.*

Das BMV beziffert die Herstellungskosten mit 4 Millionen Mark und erwartet jährliche Nachbaggerungskosten von 2 Millionen DM.

Kein Wunder, daß Wilhelmshavens Hafenwirtschaft auf solche Fakten sauer reagiert. Auch nicht verwunderlich ist, daß solche Informationen den Wilhelmshavener BürgerInnen vorenthalten werden. Die Politiker dieser Stadt plappern doch lieber das nach, was ihnen die Hafenlobby ins Gebetbuch gelegt hat. □

JONATHAN
BIOMARKT

Produkte aus kontrolliert
biologischem Anbau!

Natürlich einkaufen
und bestellen!

ABOKISTE

Natürlich · biologisch · frisch ins Haus!

Grenzstr. 16 · 26382 Wilhelmshaven
Fon / Fax 04421 - 13438



**ROCK
FISCHE**

**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**

Mainstraße 22, Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

TRIANGEL
second-hand-shop
An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
Hifi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstraße 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel. (04421) 4 21 84

SUSANNES OHRRING

Gökerstr. 39

WIR HABEN SIE:

Y-KETTEN

**SCHICKE JACKEN IM
LEDERLOOK, SCHWARZ**

59.- DM

**WIR HABEN DURCHGEHEND
GEÖFFNET**

☎ 04421/31880

EXPO AM MEER

DER MASTERPLAN STECKT VOLLER GUTER IDEEN

(hk) Viel Kritik wurde ja bereits an dem Masterplan zur Expo am Meer geübt. Dabei bietet der Plan kaum Angriffspunkte. Der Masterplan fordert, daß die Stadt aufgeräumt wird, befürwortet *die Präsenz eines großen Seekriegsschiffes wie z.B. eines amerikanischen Flugzeugträgers* und fordert, *„daß möglichst häufig Bundesminister und Staatssekretäre während der EXPO AM MEER vor Ort präsent sind*. Dann kann ja nichts mehr schief gehen.

Die Autoren des Masterplans haben sich wirklich Gedanken gemacht. Es wird eine extra ‚EXPO AM MEER-Kleidung‘ kreiert: *Die Kleidung muß farblich auffallend sein, damit das Personal leicht zu erkennen ist, dabei darf der Farbton in keinem all aggressiv wirken.*

Zu einer richtigen Großveranstaltung gehört natürlich auch ein Maskottchen.

Es ist vorgesehen, mit den Lizenzgebern der durch das Fernsehen, aber auch viele andere Auftritte populären Figur **Käpt'n Blaubär** (und Familie) eine Vereinbarung

über die Nutzung als Maskottchen der EXPO AM MEER zu treffen. **Käpt'n Blaubär** hat einen außerordentlichen hohen Bekanntheitsgrad in der deutschen Bevölkerung – er liegt nur knapp hinter **Mickey Mouse** – und die Zusammenarbeit mit der öffentlich-rechtlichen Anstalt WDR garantiert, daß die Figur in keine "Skandale" verwickelt sein wird. (...)

Käpt'n Blaubär wird ein wichtiges Element des Vorfeld-Marketings sein. In Planung ist z.B. eine **"Käpt'n Blaubär-Werft"** am Hafen der Stadt. (Alle Zitate -kursiv- aus dem Masterplan) □



Unklar ist noch das Verhältnis des Käpt'n zu den drei Gummibärchen-“Enkel“. Nicht verstummen wollen Gerüchte, daß Thomas Gottschalk da irgendwie seine Finger drin hat - was natürlich ein handfester Skandal wäre. Ob auch Hein Blöd für die EXPO werben soll, ist dem Masterplan nicht zu entnehmen, obwohl er für die Aufgabe mit Sicherheit passender ist als der Käpt'n, der seinen Bekanntheitsgrad ausschließlich seinen Lügengeschichten zu verdanken hat. Wurde er deswegen Hein Blöd vorgezogen?

